

mende Jahrzehnt könnte, so meint die FAO, für Millionen die Gefahr des Hungertodes bringen, wenn es nicht gelingt, die Nahrungserzeugung ganz erheblich zu steigern. In den folgenden 35 Jahren müßte nach ihren Berechnungen die Nahrungsmittel-Produktion um das Vierfache gesteigert werden, um die ganze Welt vor schweren Katastrophen (weltweiten Hunger-Kriegen usw.) zu bewahren.

Viele halten das Rennen zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmittelproduktion für aussichtslos und empfehlen deshalb eine massive Geburtenkontrolle. Wir wissen alle, daß gerade in Asien (Indien, Japan usw.) viele Regierungen diese Anregungen schon seit längerer Zeit praktisch zu verwirklichen versuchen. Es ist nicht zu erwarten, daß die katholische Kirche Methoden der Geburtenkontrolle billigen wird, die nach ihrer Auffassung dem natürlichen Sittengesetz widerstreiten. In seiner Weihnachtansprache 1963 erklärte Papst Paul VI., es sei eine kulturwidrige Hilfe, „anstatt das Brot auf dem Tisch der hungernden Menschheit zu vermehren, wie es heute durch moderne Methoden möglich ist, durch unsittliches Vorgehen die Zahl der Tischgenossen zu verringern!“ Er warnte in seiner Ansprache vor den Delegierten der FAO am 28. November 1965 gegen „einen fatalistischen Determinismus in der ökonomischen Entwicklung der Welt“. Man müsse an den möglichen Erfolg einer starken und koordinierten Aktion glauben, um diese Entwicklung sich gefügig zu machen und sie zu leiten. Es gebe genug Möglichkeiten der Produktion, der Verteilung und der rationellen Nutzbarmachung der gewaltigen Hilfsquellen, die der Schöpfer dem menschlichen Genius zur Verfügung gestellt habe.

Die Aufgabe der christlichen Völker

Es ist Aufgabe der Christen in der Welt, das Gewissen der Nationen, in denen sie die öffentlichen Angelegenheiten beeinflussen können, zu schärfen, damit diese auf breiter Basis im Kampf gegen Hunger leisten, was die Kirchen allein nie leisten können, auch wenn sie sehr beachtliche Verwirklichungen in ihrer Entwicklungshilfe aufweisen, die bisher — Gott sei Dank — von vielen Fehlern und Irrwegen der öffentlichen Entwicklungsarbeit sich fernhalten konnten. Manche Staaten haben in den letzten Jahren den Wert gerade der kirchlichen Arbeit auf diesem Gebiete erkannt, die über reiche Erfahrungen und sachkundige örtliche Kräfte verfügt und Modelle schaffen kann, die, wenn nachgeahmt, durchaus Einfluß auf die Strukturen der Entwicklungsländer auszuüben imstande sind. Deshalb haben jene Staaten begonnen, direkt diese Tätigkeit zu unterstützen, ohne dabei irgendwie politische Ziele im Auge zu haben. Die Verpflichtung, in dem „Drama von Leben und Tod“, das sich heute nach einem Wort Pauls VI. im Kampf gegen den Hunger abspielt, an der Spitze zu stehen, liegt besonders den wohlhabenden Nationen der westlichen Welt ob, die alle der Tradition nach, wenn auch nicht immer in der Praxis, christlich sind. Wie immer man den Einfluß des Christentums in diesen westlichen Staaten beurteilen mag: sicher ist, daß dort noch immer ein gewaltiges Potential nicht nur an technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten vorhanden ist, um im Kampf gegen Hunger und Elend eingesetzt zu werden, sondern auch an religiös-sittlichen Kräften, die in der Hungerbekämpfung von stärksten religiösen Motiven geleitet werden. Sind doch die Christen gehalten, „in jedem Hungernden das leidende Antlitz ihres Erlösers zu sehen“ (Paul VI.).

Die Kirche drängt hier auf Zusammenarbeit aller Christen untereinander, aber auch mit allen jenen, die an den Schöpfergott und Vater aller Menschen glauben, der sie alle als Brüder handeln sehen will. Gerade den Gedanken der Brudergemeinschaft aller Menschen haben die Kundgebungen der letzten Päpste, angefangen von der Enzyklika *Mater et Magistra* über die Worte Pauls VI. in Bombay und vor den Vereinten Nationen bis zu den letzten Erklärungen des Papstes vor dem weltanschaulich bunt gewürfelten Auditorium der FAO hervorgehoben. Hier ist die Ebene aufgezeigt, auf der Christen und an Gott glaubende Nichtchristen zum Wohl der hungernden Menschheit aus gleichem Impuls tätig sein können. Damit ist aber auch im asiatischen Erdteil, der nur 3% Christen zählt, das Tor zur Zusammenarbeit der christlichen Kirchen mit den Hunderten von Millionen dort lebender Nichtchristen, die an Gott glauben, weit geöffnet. Es kommt nur darauf an, daß die christliche Hilfsaktion, staatlicher, kirchlicher und privater Natur, die Echtheit und Reinheit ihrer Gesinnung durch selbstlosen Dienst am Menschenbruder unter Beweis stellt, nicht zuletzt, indem sie auch Menschen als Vermittler ihres Dienstes stellt, die solchen Anforderungen genügen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Bischöfliche Vorsätze für die Nachkonzilszeit Während der letzten Öffentlichen Sitzung des Zweiten Vatikanischen Konzils am 7. Dezember 1965 wurde in der Peterskirche an alle Bischöfe ein Dokument verteilt, in dem Konzilsväter ihre Vorsätze für die Nachkonzilszeit zusammenfassen. Das Dokument ist hervorgegangen aus einer Gruppe von Vätern (Franzosen, Belgier, Spanier und Italiener), die sich bereits seit der Ersten Sitzungsperiode für das Thema „Kirche der Armen“ besonders engagiert hatten. Das Dokument, von der Publizistik kurzerhand „Schema 14“ genannt, wurde zunächst in Auszügen in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ veröffentlicht und wird in der jüngsten Ausgabe der „Informations catholiques internationales“ (1. 1. 66) im Wortlaut wiedergegeben.

Einleitend stellen die Verfasser fest, sie seien sich in der Zeit des Konzils „über die Mängel unseres Lebens in Armut nach dem Evangelium“ klargeworden. Vereint mit allen Bischöfen und im Vertrauen auf Jesus Christus und das Gebet der Gläubigen, wollten sie im Angesichte der Dreifaltigkeit, „vor der Kirche Christi und vor den Priestern und Gläubigen unserer Diözesen, in der Demut und im Bewußtsein unserer Schwäche, aber auch mit aller Bestimmtheit und Kraft, zu der Gott uns die Gnade geben möge“, sich zu folgendem verpflichten:

1. Zu versuchen nach der üblichen Weise der Bevölkerung zu leben, was Wohnung, Nahrung und Verkehrsmittel betrifft, und alles, was damit zusammenhängt (Matth. 5, 3; 6, 33—34; 8, 20).
2. Auf allen scheinbaren und wirklichen Reichtum zu verzichten, besonders in Kleidung (kostbare Stoffe, auffallende Farben) und Amtssymbolen aus kostbaren Materialien (vgl. Mark. 6, 9; Matth. 10, 9; Apg. 3, 6).
3. Keine Immobilien oder bewegliche Güter als persönliches Eigentum zu halten und keine eigenen Bankkonten zu führen, und wenn solche eingerichtet werden müßten,

sie auf den Namen der Diözese oder sozialer oder karitativer Werke laufen zu lassen (vgl. Matth. 6, 19—21; Luk. 12, 33—34).

4. Immer, wenn es möglich ist, die finanzielle und wirtschaftliche Leitung in den Diözesen einer Gruppe von kompetenten Laien zu übertragen, „um selbst weniger Verwalter als Hirten und Apostel zu sein“ (vgl. Matth. 10, 8; Apg. 6, 1—7).

5. Es abzulehnen, mündlich und schriftlich mit Namen und Titeln angesprochen zu werden, die irdische Macht und Größe zum Ausdruck bringen (Eminenz, Exzellenz, Monsignore). „Wir ziehen es vor, mit dem biblischen Namen Vater angeredet zu werden.“

6. Im persönlichen Verhalten und im gesellschaftlichen Verkehr alles zu meiden, was nach Privilegien oder Prioritäten oder gar nach Bevorzugung der Reichen und Mächtigen aussehen könnte (Festessen, verschiedene Klassen bei religiösen Zeremonien; vgl. Luk. 13, 12—14; 1 Kor. 9, 14—19).

7. Jedes falsche Entgegenkommen zur Anregung von Geschenken oder aus anderen Gründen zu vermeiden; die Gläubigen dazu anzuleiten, daß sie ihre Geschenke als normale Teilnahme am Kult, am Apostolat und an der sozialen Aktion verstehen (vgl. Matth. 6, 2—4; Luk. 15, 9—13; 2 Kor. 12, 14).

8. Alles, was notwendig ist an Zeit, Überlegung, Gefühl und Mitteln dem apostolischen und seelsorglichen Dienst der Bedürftigen und wirtschaftlich Schwachen zu widmen, ohne daß dabei andere Personen und Gruppen in der Diözese zu Schaden kommen sollen; die Laien, Ordensleute, Diakone und Priester zu unterstützen, die sich in der Evangelisierung der Armen abmühen und das Los der arbeitenden Bevölkerung teilen (vgl. Luk. 4, 18; Mark. 6, 4; Matth. 11, 45; Apg. 18, 3—4; 1 Kor. 4, 12 u. 9, 1—27).

9. Im Wissen um den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Liebe die karitativen Werke in soziale Unternehmungen umzuwandeln, die auf der Liebe und der Gerechtigkeit aufrufen, die sich über alle Bedürfnisse Rechenschaft geben und einen bescheidenen Dienst gegenüber den zuständigen öffentlichen Organen darstellen sollen (Matth. 25, 3—6; Luk. 13, 12—14 und 33—34).

10. Alles zu tun, damit die Verantwortlichen in Regierung und öffentlicher Verwaltung die Gesetze, Strukturen und sozialen Institutionen ins Werk setzen, die Voraussetzung sind für die Gerechtigkeit, die Gleichheit und die harmonische Entfaltung jedes Menschen „und bei allen Menschen und dadurch für das Zustandekommen einer anderen, neuen und des Menschen- und Gottessohnes würdigen sozialen Ordnung“ (vgl. Apg. 2, 44—45; 4, 32; 5, 4; 2 Kor. 8 und 9, 1 Tim. 5, 16).

11. Da die Kollegialität der Bischöfe den biblischsten Ausdruck in der gemeinsamen Übernahme der Verantwortung für die an physischem, kulturellem und sittlichem Elend leidenden Menschenmassen findet, wollen sich die Verfasser verpflichten: a) nach dem Maß der Mittel den Bischöfen der armen Völker beizustehen, b) sich für die Bildung internationaler Gesellschaftsstrukturen einzusetzen, wie es der Papst vor den UN getan habe, die nicht mehr zur Bildung von Proletariationen in einer immer reicher werdenden Welt führen, sondern den Massen aus ihrem Elend heraushelfen.

12. Verpflichten sich die Verfasser, „in pastoraler Liebe unser Leben mit den Brüdern in Christus, Priestern, Ordensleuten und Laien zu teilen, damit unsere Amts-

führung ein wahrer Dienst werde“, und deswegen mit ihnen zusammen eine Lebenserneuerung durchzuführen, Mitarbeiter zu wecken, die mehr Vorarbeiter im Geiste als Chefs nach dem Bild der Welt sind; menschlich aufmerksamer und zugänglicher zu sein; allen gegenüber offen zu sein, gleichgültig welcher Religion sie angehören.

13. „Wenn wir in unsere Diözesen zurückgekehrt sind, werden wir unseren Diözesanen unsere Entschliebung zur Kenntnis bringen und sie bitten, uns durch ihr Verständnis, ihre Mitarbeit und ihre Gebete zu helfen.“

Internationaler Übersetzerkongreß für liturgische Texte

Vom 9. bis 13. November 1965 fand in Rom unter dem Patronat des Consiliums zur Ausführung der Liturgiekonstitution und unter dem Vorsitz des Bischofs René Boudon von Mende (Frankreich) — selbst Mitglied des Consiliums — im Palazzo della Cancelleria der erste internationale Kongreß von Übersetzern liturgischer Texte in die Volkssprachen statt. Er versammelte ca. 250 Fachleute und Interessierte aus 69 Ländern. Kaum ein Jahr nach der Öffnung eines größeren Raumes der Meßliturgie für die Volkssprachen lagen in Rom beim liturgischen Consilium mehr als 250 muttersprachliche Textgruppen zur Konfirmation vor. Dabei war eine Anzahl von schwierigen Problemen offenkundig geworden. So wurde der Kongreß — nach den Worten des Präsidenten — „organisiert, um in einer ersten Konfrontation der bisher gemachten Erfahrungen eine gemeinsame Untersuchung im Maßstab der Weltkirche zu ermöglichen“. Dabei waren auch die asiatischen und afrikanischen Missionsländer, in denen die Übersetzungsprobleme am schwierigsten sind, gut vertreten. Die Referenten waren aus verschiedenen Sprachräumen gewählt, aus dem französischen (Boudon, Martimort, Roguet, Seumois, Gelineau und Desclée), dem italienischen (Lercaro, Falsini, Marsili und Migliavacca), dem deutschen (Pascher, Tilmann und Gülden), dem spanischen (Braga und Oñatibia), dem englischen (McManus, USA), dem japanischen (Nagae) und dem holländischen (Schmidt). Es waren auch Möglichen zu Arbeitsgemeinschaften geboten.

Themen und Ziel des Kongresses

Es ging um die Beziehungen der Volkssprache zur aktiven Teilnahme an der Liturgie, um die Methode und die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der bisherigen Arbeit ergeben haben, um das Verhältnis von Übersetzung und Tradition, um die Geschichte der liturgischen Übersetzungen, um die verschiedenen literarischen Gattungen der liturgischen Texte, die Gesetze ihrer Übertragung und ihres liturgischen Gebrauchs, um die Übersetzungsprobleme speziell beim Meßordinarium, um die „latinitas christiana“ und die Möglichkeiten eines legitimen Fortschrittes der liturgischen Sprache, um die Beziehungen zwischen der Übersetzungsarbeit und der Verkündigung, der Katechese und der Predigt, um die Fragen nach gemeinsamen Kriterien des Stils der liturgischen Sprache und um die Probleme einer „neuen Sakralsprache“, um die Arbeitsmethode beim Übersetzungsvorgang, um die Beziehungen zwischen den neuen Texten und dem liturgischen Gesang, um den Einfluß der Übertragungen auf die gesamte Erneuerung und auf die Feiargestalt der Liturgie, um einen Überblick über die bisherige, ein-

schlägige Literatur und um neue verlegerische Fragen. Über das Ziel des Kongresses sprach Kardinal Lercaro: Es ginge darum, die in der Liturgiekonstitution beschlossene liturgische Reform pastoral möglichst fruchtbar zu machen. Jede nachkonziliare Zeit ist gekennzeichnet durch eine besondere Blüte des geistlichen und kirchlichen Lebens. Nach dem Tridentinum griff die Reform in das gesamte religiöse Leben ein und brachte eine allgemeine Erneuerung; nach dem Ersten Vatikanum war die Wirkung eine größere Einheit aller Gliedschaften der Kirche mit dem Papst; nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil muß und wird es ein aktiveres christlicheres Leben geben, vor allem mit der bewußteren und tätigeren Teilnahme des Gottesvolkes an der Liturgie und mit dem Fortschritt des Laientums in der Kirche. Der Kongreß müsse also seine Arbeit auf die dringlichen Probleme einer neuen Sakralsprache konzentrieren, auf die Adaption des Sprachschatzes der verschiedenen Völker und ihrer Umgangssprache an die Heilige Schrift und die liturgischen Texte. „Es ist eine Übersetzung notwendig, die sinngetreu und klar das Wort Gottes für die moderne Welt verkündbar macht, und zwar in deren Sprache, d. h. in der Muttersprache aller Menschen, also in einer neuen *Lingua sacra*, dem unumgänglichen Werkzeug des göttlichen Wortes, damit es zu seiner Kirche, d. i. zum Volke Gottes, sprechen kann.“ — Dabei solle der Kongreß auch die Bewahrung des Erbes der *Musica sacra* erwägen.

In seinem Begrüßungswort bei der Papstaudienz (am 10. 11.), an der neben den Kongreßteilnehmern auch das gesamte Consilium mit 10 Kardinälen, vielen Bischöfen und Periti teilnahmen, formulierte Kardinal Lercaro als Sinn des Kongresses: darüber zu beraten, wie „die heilige Liturgie, in der Gott alle Verherrlichung geschenkt wird und für die Seelen der Quell ständiger Heiligung fließt, auch unter den heutigen Umständen, da sie ein neues und vielfarbiges Kleid der verschiedenen Volkssprachen anzieht, ihren vollen Wert als hehres Heiligungswerk bewahre und daß sie sich so für die lebenden Menschen als lebendig erweise“.

Aufmunternde Worte des Papstes

Der Papst richtete in der Audienz für die Tagungsteilnehmer, bei der auch die Mitglieder des Consiliums anwesend waren, eine Ansprache. Er billigte ganz und gar das Vorhaben des Kongresses, „denn die Übersetzung jener Texte in die Volkssprachen ist eine Sache solch großer Klugheit, Bedeutung und Schwierigkeit, daß sie nur mit vereinten Kräften aller, die es angeht, in nützlicher Weise ausführbar erscheint“. Man könne sie also nicht der Willkür eines einzelnen überlassen.

Wie schwer diese Aufgabe sei, habe selbst der heilige Hieronymus erfahren. Weil aber die Kirche durch das Zweite Vatikanische Konzil darum bemüht sei, daß sich die Gläubigen ihrer Stellung als Glieder am Leib des Herrn bewußt werden und an den liturgischen Gebeten und Handlungen rege teilnehmen, und weil sie deswegen zulasse, daß die Texte, die durch ihr Alter, ihre Frömmigkeit, ihre Schönheit und durch den täglichen Gebrauch so ehrwürdig seien, in die Landessprachen übersetzt werden, sei die Größe der Aufgabe und die Schwere der Verantwortung jener offenkundig, die diese Texte zu übersetzen haben. Die vor der Veröffentlichung der Liturgiekonstitution herausgegebenen Übertragungen hätten zwar dazu gedient, den Gläubigen die in der lateinischen Sprache gefeierten Riten verständlich zu machen. „Es waren dem-

nach (private) Hilfsmittel für das Volk, das dieser alten Sprache unkundig ist. Nun aber sind die Übersetzungen Teile der Riten selbst geworden; sie sind jetzt selbst Stimme der Kirche.“

In seiner Ansprache erinnerte der Papst auch noch einmal daran, daß die Einführung der liturgischen Erneuerung schrittweise geschehen müsse, forderte die Einheit der Texte im selben Sprachgebiet und wiederholte mit den Worten der Liturgiekonstitution das Verbot privater Experimente.

Eine große Chance, aber schwer durchzuführen

Obwohl es schon früher klassische Abhandlungen über die Kunst der Übersetzung gegeben hat, ist doch erst in den letzten Jahren eine eigene Wissenschaft der Übertragung entstanden (vgl. die Werke von Eugene A. Nida und Georges Mounin). „Das ist providentiell in einer Zeit, in der gerade Übersetzungen der römischen Liturgie in fast alle modernen Sprachen nötig sind; die römische Kirche besitzt ja kaum Erfahrung in dieser Sache — aus den bekannten Gründen. Gegen die vielen, oft dilettantisch gemachten Übersetzungen erhebt sich jetzt aus Fachkreisen eine schwere Kritik“ (Hermann Schmidt SJ). Auch die bisherigen Bibelübersetzungen sind noch nicht liturgiefähig. Hier bedarf es eines ernststen Dialogs zwischen Exegeten, Theologen und Übersetzern; denn es geht um das schwierige Thema des Wesens der Offenbarung, um ihren literarischen Ausdruck und ihre wirksame Weitergabe. In diesem Dialog hat die Stimme des wissenschaftlich ausgebildeten Übersetzers ein schweres Gewicht. Seine „neue“ Wissenschaft ist umfassend und vielseitig; sie behandelt das Wesen der Sprache, die Philosophie des Zeichens, des Ausdrucks und der Mitteilung, die Geschichte der Übersetzung, berücksichtigt die verschiedenen Kulturen, die Gesetze der Psychologie, der Soziologie und der Ästhetik.

Schwierigkeiten im afrikanischen ...

P. Braga vom Sekretariat des Consiliums wies in einem Überblick über die bisherige Arbeit auf folgende Schwierigkeiten hin: den Mangel an Erfahrung und an Fachleuten; die speziellen Mängel bei jenen Volkssprachen, die bisher nur über ungenügende Sakralbegriffe verfügten, so daß man zu Paraphrasen seine Zuflucht nehmen mußte; die Notwendigkeit, zentrale christliche Begriffe dem Verständnis und der örtlichen Redeweise anzupassen; in manchen Sprachgebieten den noch völligen Mangel an einer vollständigen Bibelübersetzung; musikalische Schwierigkeiten; die Notwendigkeit, bestimmte überkommene religiöse Redeweisen dem Geschmack und Geist der modernen Sprache anzupassen; Mangel an Möglichkeiten des Druckes — sei es daß die technischen Mittel in manchen Gegenden fehlen, oder weil die Texte zur Zeit noch zu unvollkommen sind und fortlaufend überarbeitet werden müssen.

In manchen afrikanischen Missionsgebieten gab es zwar schon dank der Arbeit der Missionare und Katecheten eine „christliche“ Sprache, um die Botschaft in katechetischer Weise zu verkünden und um Volksgebete zu formulieren. Heute ist aber hier eine völlig neue Lage entstanden, weil jetzt die biblischen und liturgischen Texte wörtlich zu übersetzen sind, deren Wortschatz sich von dem des Katechismus und der einfachen Volksgebete sehr unterscheidet. Die Schwierigkeiten entstehen zum Teil aus der verschiedenen Sprachstruktur: aus der Wort-

bildungslehre (Morphologie), aus dem Sprachgeist: wenn Verba und Verbalkonstruktionen in der Volkssprache den ersten Platz einnehmen und es kaum Substantiva gibt. Andere Schwierigkeiten gehen aus dem verschiedenen kulturellen Zusammenhang hervor: Es gibt z. B. Wahrheiten in der Sprache der Bibel und Liturgie, für die in bestimmten Gebieten jede Erfahrung fehlt; oder wenn in der Symbolsprache eines Volkes etwas eine völlig andere Bedeutung hat wie in der Heiligen Schrift oder der Liturgie; oder wenn eine Redewendung in bestimmten Zusammenhängen schlecht klingt. Aber die größten Schwierigkeiten entstehen im afrikanischen Raum aus den z. T. völlig verschiedenen Kategorien, nach denen fundamentale Wirklichkeiten ganz anders ausgedrückt werden, z. B. in bezug auf das Bild des Menschen (nach bestimmten afrikanischen Vorstellungen gibt es wenigstens drei Prinzipien im Menschen). P. *Seumo*s, der Direktor des pastoral-katechetischen und -liturgischen Zentrums für Ruanda und Burundi, der hierüber referierte, schloß mit der Forderung einer brüderlichen Zusammenarbeit von Experten auf völkerkundlichem, philologischem, liturgischem, biblischem und musikalischem Gebiet.

... und im asiatischen Raum

Bischof Laurentius *Nagae*, der Präsident der japanischen Liturgischen Kommission, gab einen interessanten Bericht über die Schwierigkeiten, die christliche Sprache in Japan einzuführen. Sie kommen aus der völlig verschiedenen grammatikalischen Struktur des Japanischen; vor allem fehlt ganz das Relativpronomen, das im Lateinischen so häufig ist. Der Gebrauch der chinesischen Ideogramme (der bildhaften Schriftzeichen) bedeutet, daß im Japanischen die Wortbedeutungen nicht von den Zeichen zu trennen sind. Dasselbe Wort kann ganz Verschiedenes bedeuten, je nach dem hinter ihm gedachten Zeichen (z. B. „seicho“ steht für „Gnade“ und „Wachstum“).

Es gibt einen doppelten Stil: den der populären Umgangssprache und den klassisch-literarischen. Der letztere wird für feierliche Akte, Gesetze usw. und für religiöse Texte gebraucht. Neuerdings wird aber bei den Jüngeren der populäre vorgezogen. Eine Befragung hat ergeben, daß ca. 50% den einen, ebenso viele den anderen Stil wünschen. Die Kommission hat nun einen mittleren Weg vorgeschlagen. Die Priestergebete bleiben wie bisher im klassischen Stil. Inzwischen gibt es in Japan eine Menge von Ausdrücken, die nur bei den Christen vorkommen. Das gilt nicht nur für viele abstrakte Begriffe (z. B. Person, Substanz, Göttlichkeit), sondern auch für konkrete Inhalte (z. B. Sakrament, Mysterium, Rechtfertigung, Menschwerdung). Alle diese Termini sind erst in jüngerer Zeit gebildet worden, und zwar in der evangelischen Missionsarbeit oft anders als in der katholischen; selbst der Name Jesus ist verschieden, weil die Protestanten vom Griechischen, die Katholiken vom Lateinischen ausgegangen sind. — Durch diese neuen, ungebrauchlichen Worte gilt das Christentum für das japanische Volk als etwas Fremdes, schwierig zu Verstehendes. Als geradezu unmöglich bezeichnete Bischof *Nagae* z. B. die Übersetzung der Trinitatis-Präfatation. — In der Morallehre haben Ausdrücke einen vom christlichen Sprachgebrauch verschiedenen buddhistischen Sinn (z. B. bedeutet Keuschheit nur eheliche Treue). — In der japanischen Gebetskultur fehlt die Gewohnheit, Gott in der zweiten Person unmittelbar anzureden. Der Japaner denkt und spricht von Gott gleichsam unpersönlich. Andererseits gibt es

Formeln, z. B. Taufexorzismen, die für die Christen allzusehr an shintoistische Texte erinnern. Aus all dem ist zu ersehen, wie komplex hier und in ganz Asien das Problem der liturgischen Anpassung und Übersetzung ist.

Lehren aus der Geschichte der Übersetzungen

Andererseits zeigte aber Kanonikus A.-G. *Martimort*, der Leiter des französischen Liturgischen Instituts (Toulouse) an der Geschichte der alten Übersetzungen ihre entscheidende Bedeutung. Die christliche Latinität entwickelte sich in den Städten Nordafrikas (Bibel - Liturgie - Theologie). Das Fehlen aber von Übersetzungen z. B. in die Sprache der Berber, die das Land bewohnten, ist ein wichtiger Grund geworden für den schnellen Untergang dieser Kirchen. Die Offenheit der Ostkirchen für Übertragungen in die Nationalsprachen stärkte ihre Volksverbundenheit.

Prof. *Pascher* wies an Hand von vielen Beispielen aus der deutschen Übersetzungsarbeit hin auf die wichtigen Beziehungen, die zwischen Übersetzung und Tradition bestehen. Oft ist durch eine falsche Übersetzung die rechte Form nicht nur, sondern auch der Lehrinhalt verfälscht worden. Er verteidigte besonders das christologische Psalmenverständnis.

An der Geschichte der „latinitas christiana“ zeigte Salvatore *Marsili* OSB die Möglichkeit und die Kennzeichen für einen rechten Fortschritt der liturgischen Sprache durch die Übersetzung auf, damit auch wir heute zu der unserer Zeit entsprechenden liturgischen Sprache kommen.

Eine „neue Sakralsprache“?

Auf das Thema „Neue Sakralsprache“ wies schon der Papst in seiner Ansprache hin und ebenso Kardinal Lercaro bei der Begrüßung. „Die Sprache der Übersetzungen muß eine sakrale bleiben“, so forderte auch im ersten Referat Bischof Boudon, „so daß das echte Wort Gottes den Gläubigen verkündigt wird und seine verschiedenen Aussagen nicht zu kurz kommen, und doch ist es nötig, daß auch die einfachen Gemeinden und die ‚Armen im Geiste‘ davon genährt werden, denen besonders die Seligpreisungen des Evangeliums gelten“.

Ausdrücklich befaßte sich der Leipziger Oratorianer J. *Gülden* mit diesem Thema. Gerade im deutschen Sprachraum ist sie ausführlicher behandelt worden (vgl. die Arbeiten von Martin Buber über den biblischen Sprachstil, über die „Ursprünglichkeit“ und den „dialogischen Charakter“ dieser Sprache und über die Bibelübersetzung ins Deutsche; die große geschichtliche Arbeit von Leopold Lentner, Volkssprache und Sakralsprache, Geschichte einer Lebensfrage bis zum Ende des Konzils von Trient, Wien 1964; Franz Calvelli-Adorno, Über die religiöse Sprache. Kritische Erfahrungen, Frankfurt a. M. 1965; Wilhelm Gössmann, Sakrale Sprache, München 1965; die einschlägigen Arbeiten von Romano Guardini; Heinrich Schlier, Erwägungen zu einer deutschen Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift, in Besinnung auf das NT, Freiburg i. Br. 1964; K. Kurz über die Psalmenübersetzung in den „Stimmen der Zeit“, Oktober 1965, und das Sonderheft von „Wort und Wahrheit“, November 1965). *Gülden* bezog besonders die Diskussionsbeiträge aus „Wort und Wahrheit“ in sein Referat ein.

In dem genannten Sonderheft antworteten 29 (von 74 Beteiligten) ausdrücklich und z. T. mit theologischen Argumenten negativ auf die Frage nach der Schaffung

einer speziellen neuen sakralen Sprache. Nur vier verwarfen ganz und gar für die Liturgie den Gebrauch der Umgangssprache. 46 Stimmen bejahten ihn positiv: Es genüge die Umgangssprache des Volkes. Neun forderten eine sakrale Sprache. Sieben antworteten: weder die alltägliche Volks- und Umgangssprache noch eine neue sakrale, sondern eine Sprachform in der Mitte zwischen beiden: eine neue religiöse Sprache, gewonnen aus echter religiöser Erfahrung. Es ist aber wichtig, daß die meisten der 46 Antwortenden, die die Umgangssprache bejahten, einige besondere Kennzeichen dieser Sprachform beim liturgischen Gebrauch hinzufügten: Es sei eine gehobene Umgangssprache verlangt und gemeint, eine gute, würdige, sorgfältige, wirklichkeitsnahe, starke, religiöse, ernste, ehrfürchtige, einfache, kurze, nüchterne; eine Umgangssprache, die auch Bilder und Gleichnisse kenne; eine Umgangssprache, weder zu subjektiv noch rein ästhetisch, nicht modernistisch noch schwach und trivial, aber auch nicht in falscher Weise zu feierlich; vielmehr eine Sprache, bestimmt für die versammelte Gemeinde und geeignet für ihren heiligen Dialog mit Gott; eine Sprache endlich, die wiederzugewinnen sei aus dem rechten Hören, Meditieren und Tun des Wortes Gottes. Einige fügten auch hinzu, der sakrale Charakter werde später von selbst hinzukommen — wie die Patina zum echten Kupfer. Die liturgische Sprache wird jedenfalls nicht in echter Weise erneuert, wenn sie nicht die Frucht ist einer tiefen Reform des christlichen Lebens und besonders des Gemeinschaftsgeistes in der ganzen Kirche und in den einzelnen Gemeinden. „Halte fest an der Sache, und die Worte folgen von selbst.“

Für den Stil der liturgischen Sprache wurden aus Schrift und Liturgie folgende allgemeine Kennzeichen abgelesen: „vornehme Einfachheit“ (Liturgiekonstitution Art. 34), Nüchternheit, Wahrhaftigkeit, Herzlichkeit, Homogenität im Sinne der Nähe zum biblischen Sprachstil, „vornehme Schönheit“ (im Sinne des Art. 123 der Liturgiekonstitution), die eine „Zugabe“ wird für den, der „zuerst das Reich Gottes sucht und seine Gerechtigkeit“ (Matth. 6, 33).

Übersetzung und liturgischer Gesang

Darüber gab der Leiter des Mailänder Domchores, Msgr. Lucian *Migliavacca*, einen historischen Überblick. Aus dem Verhältnis von Wort und Melodie zog er einige Schlüsse für die gegenwärtigen Aufgaben: In den Lesungen muß der Text absolut den Vorrang haben, der Melodiefluß muß sich dem Wort einfach anpassen; andere Texte sind von Natur geeignet, musikalisch ausgestaltet zu werden, z. B. die Dialogformeln, die Akklamationen, Schriftstellen, wenn sie Rhythmus haben und die nötige Dichte besitzen. Den wichtigeren Beitrag zu diesem letzten Problem gab aber P.-J. *Gelineau*. Gelineau unterscheidet bekanntlich die verschiedene Textgestalt für die Akklamation, für die „cantillatio“, das singende Rezitieren (Lesungs- und Psalmtöne) und für den „cantus“ (Hymnen u. ä.). Im übrigen aber blieben die hier anstehenden Fragen auf diesem ersten Kongreß offen.

Dasselbe gilt auch von anderen schwierigen Übersetzungsproblemen. P. A. M. *Roguet*, der Direktor des Pariser Zentrums für Pastoralliturgie, sprach über die verschiedenen literarischen Gattungen, ihre Übersetzung und ihren liturgischen Gebrauch. Er behandelte aber nur die liturgischen Gattungen: die biblischen Texte, die Priester- und Volksgebete bzw. -gesänge. Aber innerhalb dieser großen, unter

dem liturgischen Gesichtspunkt zusammengefaßten Gruppen gibt es zahllose „genera literaria“ etwa bei den Lesungen, den Psalmen und den Cantica aus der Heiligen Schrift. Auch hier blieb die Frage offen, inwieweit eine liturgische Reform die Ergebnisse der modernen Bibelwissenschaft anwenden muß.

Methodenfragen

Auch über diese wurden die ersten Erfahrungen ausgetauscht. Hermann Schmidt behandelte die Frage, wie der Bibelübersetzer vorzugehen habe: Er muß zunächst den Originaltext verstehen. Er muß die bisherigen Übersetzungen, sowohl die katholischen wie die nichtkatholischen, einsehen, vergleichen, aber seine Unabhängigkeit bewahren und zu einem kritischen Urteil kommen. Er muß in der Literatur seines Landes bewandert sein. Er muß eine „angeborene Veranlagung“ haben, um die verschiedenartigen Gattungen religiöser Texte übersetzen zu können. Dabei findet er in den Schriften der Übersetzungswissenschaft gute und helfende Regeln. Die Arbeit bleibe hart und undankbar.

F. *McManus* behandelte in einem eigenen Referat die Methode des Übersetzungsvorgangs, und zwar auf Grund der Erfahrungen aus dem englischen Sprachgebiet: die Aufgaben der nationalen Bischofskonferenzen und der vereinigten liturgischen Kommissionen für ein ganzes Sprachgebiet, die Struktur der Arbeitsgemeinschaft (ein „zentraler coetus“ mit einem eigenen Sekretariat), die Aufgaben der Übersetzer und Konsultoren, die Etappen des Arbeitsvorgangs — ähnlich der Methode, wie sie für unser Sprachgebiet Heinrich Schlier beschrieben hat. Jedenfalls erfordert ein solches Werk — nachdem alle Voraussetzungen natürlicher und fachlicher Art erfüllt sind — ein besonderes Charisma. Dann brauchen die Übersetzer gegenüber der lateinischen Sprache und den lateinischen Textfassungen der überkommenen Liturgie kein Minderwertigkeitsgefühl zu haben. Aber die Übersetzer dürfen nicht den Ehrgeiz haben, dieses Werk allein aus der eigenen Begabung und Bildung zu schaffen; sie müssen vielmehr noch das Verlangen in sich stärken nach einer Schöpfung aus dem Heiligen Geist. Es wäre also falsch, wenn jeder einzelne der hier beteiligten „Fachleute“ (der Exegeten, Liturgen, Sprachgelehrten und Übersetzer, Dichter und Musiker) seinen Willen und sein Urteil im coetus der Beauftragten durchsetzen wollte. Dann wäre es vielleicht besser, wenn (wie es Hermann Schmidt zu fordern schien) einer allein ans Werk gehen würde. Dieser aber müßte schon ein zweiter St. Hieronymus sein: ein Gelehrter, ein Theologe, ein Dichter und ein — Heiliger. Aber wie das Wort Gottes in der Geschichte des lebendigen Gottes mit seinem Volk, dem alten und neuen Israel, allmählich entstanden ist, so werden auch die Übersetzungen, die „Stimme der Kirche“ sein sollen, nicht am grünen Tisch der „Periti“ geboren, sondern in der Gemeinschaft jener Beauftragten, die selbst vom Worte Gottes getroffen sind und dem Dialog zwischen Gott und seinem Volke dienen wollen.

Aus all dem geht hervor, daß sich viele Probleme der Schaffung von liturgischen Texten in der Volkssprache überhaupt erst bei der Übersetzungsarbeit ergeben und erst im Anschluß an sie formuliert werden können. So konnten viele Fragen auf dem Kongreß zunächst einmal nur gestellt werden — ihre Beantwortung mußte offen gelassen werden, bis die notwendigen Erfahrungen gemacht worden sind.

Neue nachkonziliare Kommissionen

Durch das Motu proprio *Finis Concilio* vom 3. Januar 1966 (veröffentlicht im „Osservatore Romano“, 12. 1. 66) hat Papst Paul VI. die postkonziliaren Organe geschaffen, auf denen ein guter Teil der Arbeit und Verantwortung für die Durchführung der Konzilsdekrete lasten wird.

Fünf neue Kommissionen als Nachfolgekommissionen für die gleichnamigen Konzilskommissionen wurden errichtet: die Kommission für die Bischöfe und die Leitung der Diözesen, die Kommission für die Ordensleute, die Kommission für die Missionen, die Kommission für christliche Erziehung (während des Konzils Kommission für Seminare, Studien und katholische Schulen), die Kommission für das Laienapostolat. Diese Kommissionen haben die gleichen Materien zu behandeln wie die gleichnamigen Konzilskommissionen. Aus dem Text des Motu proprio geht allerdings nicht klar hervor, ob sich z. B. die Kommission für christliche Erziehung nur mit der gleichnamigen Konzilsklärung oder auch mit dem Dekret über die Priesterausbildung befassen wird. Zu vermuten stünde eher, daß letzteres ihr Hauptarbeitsgebiet sein wird. Eine eigene Seminarkommission wurde vorläufig jedenfalls nicht ernannt. Es fehlt aber z. B. auch eine Kommission zur Durchführung des Priesterdekrets. Da im Untertitel des Motu proprio von einigen (*quaedam*) Kommissionen die Rede ist, ist wohl nicht auszuschließen, daß zu gegebener Zeit noch weitere folgen werden. Die Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Sekretäre und Mitglieder sind die der gleichnamigen Konzilskommissionen (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 97 ff. und 18. Jhg., S. 182 f.). Für die Abwicklung ihrer Geschäfte gelten die entsprechenden Normen der Konzils-geschäftsordnung.

Schlüsselstellung der Zentralkommission

Besonders große Bedeutung kommt wohl der neuen Zentralkommission zu, die die Arbeiten der genannten Kommissionen (ob z. B. das Consilium liturgicum davon auch betroffen ist, geht aus dem Text des Motu proprio ebenfalls nicht hervor) koordinieren soll und jetzt den nicht gerade unkomplizierten Titel führt: *Commissio Centralis coordinandis post Concilium laboribus et Concilii Decretis interpretandis*. Ihr kommt also neben der Koordinierungsfunktion auch die Aufgabe der rechtmäßigen (*rite*) Interpretation der Dekrete zu, „sollte sich eine solche Interpretation als notwendig oder nützlich erweisen“. Den Vorsitz in dieser Zentralkommission führen als Kopräsidenten der 82jährige Kardinaldekan Tisserant als ehemaliger Vorsitzender des Präsidialrates und der 83jährige Kardinalstaatssekretär als ehemaliger Vorsitzender der Koordinierungskommission. Mitglieder sind die ehemaligen Mitglieder der Koordinierungskommission (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 248 und 18. Jhg., S. 34). Das Sekretariat der Zentralkommission wird geleitet von Erzbischof Felici, dem Generalsekretär des Konzils, und von den fünf Untersekretären als Vertretern. Die Kompetenzen des Generalsekretärs und der Untersekretäre sind die selben wie beim Konzil. Sie gehören auch zur Zentralkommission (*partem habebunt*). Ob sie dabei auch Stimmrecht haben, ist offenbar ungeklärt. Die Zentralkommission wie die Einzelkommissionen können zur Behandlung der einzelnen Fragen Fachberater heranziehen. Sie werden auf Vorschlag des

Präsidenten von den Kommissionen gewählt und vom Papst bestätigt. Sie sollen vornehmlich aus der Zahl der Konzilsperiten genommen werden. Aufgabe der Kommissionen ist es, für die möglichst baldige Durchführung der Dekrete zu arbeiten und zu sorgen. Sobald diese Arbeiten beendet sind, hören die Kommissionen auf zu bestehen. Termine für die Durchführung der Dekrete werden keine genannt.

Das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen wird in seinen Funktionen von neuem bestätigt. Seine Mitglieder und Konsultoren sind auch in Zukunft die bisherigen. In der Einleitung weist der Papst auch auf die bereits bestehenden nachkonziliaren Kommissionen hin: auf das Consilium zur Durchführung der Liturgiekonstitution, den Päpstlichen Rat für die publizistischen Mittel sowie auf die Kommission für die Reform des kirchlichen Gesetzbuches, in die der Papst kurz vor Konzilsschluß weitere Kardinäle berufen hat.

Die Struktur der Konzilsorgane übernommen

Überblickt man Kompetenzen und Personen dieser nachkonziliaren Organe, so läßt sich feststellen: der Papst war offenbar bestrebt, Kontinuität zu wahren. Die Tatsache, daß ausschließlich Mitglieder der entsprechenden Konzilskommissionen die neuen Kommissionen bilden, erleichtert sicher die Durchführungsarbeiten, läßt freilich keinen Raum für personelle Erneuerung. Der Papst hat auch die Vorsitzenden sozusagen wieder in ihren Ämtern bestätigt. Die kuriale Spitze bleibt also auch in der Nachkonzilszeit. Kardinal Lercaro bleibt als Präsident des Consilium liturgicum der einzige nichtkuriale Kommissionsvorsitzende. Die komplizierte Struktur der Leitungsorgane ist in die nachkonziliare Zeit übernommen worden. Da sich Kardinaldekan und Kardinalstaatssekretär in den Vorsitz der Zentralkommission teilen, dürfte der Einfluß des Generalsekretariats noch stärker werden als während des Konzils. Da die Kommission nicht nur zu koordinieren, sondern gegebenenfalls auch zu interpretieren hat, dürfte dieser Zusammenhang nicht gerade bedeutungslos sein.

Aus den Weihnachtsansprachen Pauls VI. Das Konzil und der Weltfriede waren die beiden großen Themen der zahlreichen Ansprachen, die der Papst bei verschiedensten Anlässen kurz vor und während der Weihnachtsfeiertage bei Audienzen und Gottesdiensten gehalten hat. Da es uns unmöglich ist, die Texte im Wortlaut wiederzugeben, beschränken wir uns im Folgenden auf die Hervorhebung einiger Abschnitte, die nicht nur vom Thema her die wichtigsten sind, sondern auch die Haltung des Papstes gegenüber den Beschlüssen des Konzils und sein drängendes Engagement für deren unmittelbare Realisierung charakterisieren.

Mahnungen an die Kurie

Ausschließlich mit dem Konzil befaßte sich der Papst in seiner traditionellen Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium und die Angehörigen der Römischen Kurie (vgl. „Osservatore Romano“, 24. 12. 65). Der Papst hob vor der Kurie zunächst den „absolut positiven Charakter“ des Konzils hervor, auf dessen wichtigste Daten der Kardinaldekan in seiner Ergebnisadresse hingewiesen hatte: Das Konzil habe sich völlig ordnungsgemäß abgespielt; es habe die wesentlichen Linien und

Kriterien, die bereits Johannes XXIII. gegeben habe, getreu eingehalten; es habe bei „voller Freiheit des Urteils und der Rede“ wichtige Gegenstände behandelt und habe die Entwürfe „bei fast völliger Einstimmigkeit“ verabschiedet. Die letzten Tage des Konzils hätten dies besonders bewußt werden lassen.

An zweiter Stelle nannte der Papst den „verpflichtenden Charakter“ des Konzils. Es sei kein Konzil gewesen, das alles umgestaltete, wie manche außenstehenden Kritiker, die sich über „das gottgegebene Wesen“ der katholischen Religion nicht Rechenschaft geben, meinen mochten. Es sei auch kein radikales Reformkonzil gewesen wie manche Konzilien in anderen Zeiten: „Aber ein Erneuerungskonzil ist es gewesen. Welch eine Fülle religiöser Lehren, welchen Reichtum kirchlicher Überlieferungen, welchen Schatz geistlicher Erfahrungen hat es gewissermaßen wieder ausgegraben und in Begriffe von außerordentlichem Interesse für die moderne Umwelt geprägt!“ Mit getreuer Folgerichtigkeit habe es aus den echten Quellen, der Heiligen Schrift und der guten Theologie, gewisse Kriterien und Normen abgeleitet, die man als neu bezeichnen könne. Dieses Erbe des Konzils bedeute eine Verpflichtung. „Die Kirche mag sich einiger überholter kirchenrechtlicher Vorschriften entledigt haben, sie hat aber neue Verpflichtungen auf sich genommen.“ So bedeute das Konzil nicht den Beginn einer Zeit „dogmatischer und moralischer Unsicherheit“, disziplinärer Gleichgültigkeit, eines oberflächlichen religiösen Irenismus oder „der Schwächung in der Organisation“. Es wolle im Gegenteil eine Zeit größeren Eifers, größerer Nähe zum Evangelium und „tieferer kirchlicher Geistigkeit“ einleiten.

An dritter Stelle befaßte sich der Papst mit den Sonderproblemen, die das Konzil an die Kurie stelle. Trotz der Dezentralisierung nicht weniger kirchlicher Ämter werde die Kurie ihren Rahmen kaum enger abstecken können. Zu zahlreich seien die Probleme, die eine einheitliche Führung erforderten, und neue Entwicklungen, die sich durch das Konzil selbst voraussehen ließen, würden vermehrte Arbeit bringen. „Und Wir sind sicher, daß die Römische Kurie wirkungsvoll an die Aufgaben der Nachkonzilszeit herantreten wird, wie sie bisher ihre Pflichten ausgezeichnet erfüllt und dem Heiligen Stuhl und der ganzen katholischen Kirche gedient hat.“ Durch das große Erlebnis des Konzils „ist sie aufgeschlossener und erfahrener geworden und erlebt, den Bedürfnissen entsprechend, weise Reformen“. Ihre Leistungsfähigkeit werde sie nicht nur durch organisatorische Veränderungen steigern, sondern auch durch vermehrte Hingabe an den Heiligen Stuhl und die ganze Kirche. Das sei sein Wunsch für die Nachkonzilszeit.

Konzil, Kirche und Welt

Auf das Konzil bezieht sich auch der zentrale Abschnitt in der Weihnachtsbotschaft, die der Papst über den Rundfunk an die Katholiken, an „alle christlichen Brüder“ und an alle Menschen richtete (vgl. „Osservatore Romano“, 25. 12. 65). Weihnachten sei das Fest der Begegnung zwischen Gott und den Menschen. Auch das Konzil sei eine Begegnung gewesen, im doppelten Sinn: eine Begegnung der Kirche mit sich selbst und mit der Welt. Die Kirche sei im Konzil ihrem eigenen Glauben, ihrer Lehre und ihrer Sendung begegnet. Sie habe aus ihren unerschöpflichen Reserven neue Schätze gehoben: „die Sorge zu verstehen, zu dienen, die Welt zu retten“. Die Kirche

habe sich im Konzil verjüngt. Sie sei nicht der Versuchung „mißverständlicher Anpassung“ an den Zeitgeist oder an schwächliche Ideologien der profanen Welt erlegen. Aber die Kirche habe sich auch nicht zufriedengegeben, nur einige praktische Veränderungen zweitrangiger kanonischer Bestimmungen vorzunehmen, sondern habe in sich selbst Christus gesucht.

Daß schließlich der Dialog mit der Welt und ihren Problemen ein besonderes Anliegen der Kirche gewesen sei, sei allgemein bekannt. Die Kirche sei weiter auf der Suche nach Begegnungen. Das Konzil habe „demütig und herzlich“ christliche Brüder um sich versammelt, die lange Zeit von der Gemeinschaft mit der katholischen Kirche entfernt gewesen seien, und es habe den Kontakt mit den Völkern der Welt gesucht. In diesem Zusammenhang erinnerte der Papst auch an seine Reise zu den Vereinten Nationen und sprach denen, „die Uns so freundlich aufgenommen haben“, nochmals seinen Dank aus.

Die Nachkonzilszeit geht alle an

Vom innerkirchlichen und äußeren Dialog mit der Welt, den das Konzil inauguriert habe, sprach der Papst auch in der Audienz für die Katholischen Akademiker Italiens am 4. Januar (vgl. „Osservatore Romano“, 5. 1. 66). Das Konzil habe der Menschheit eine Summe lebendiger Wahrheiten vorgelegt und lade alle Gläubigen ein, sich diese Wahrheitsschätze anzueignen, und das gehe besonders den Laien an. Die Kirche des Konzils wolle sehr viel von ihm: daß er wach, informiert und kundig sei; daß er von der befreienden und rettenden Funktion der christlichen Wahrheit überzeugt sei. Sie erwarte vom Laien ferner, daß er diese Wahrheit nicht nur besitze, sondern auch bekenne und verbreite. Jeder einzelne, jede Altersstufe und jede Familie müsse eines spezifischen Zeugnisses fähig sein. Das sei der Beginn des inneren Dialogs der Kirche. Dadurch gewinne die Kirche Kraft und Leben nach innen und außen. Vom Laien erwarte die Kirche in der Nachkonzilszeit ein neues vertieftes Studium, einen neuen Respekt vor dem kirchlichen Lehramt, eine neue Fähigkeit des Forschens und der Kritik, eine neue Ursprünglichkeit im Denken und Schreiben, neue künstlerische Anregungen, ein neues Bemühen um Wissenschaft und Kultur. Die Kirche ermutige den Laien, die Welt warte auf ihn.

Auch während der wöchentlichen Generalaudienzen sprach der Papst immer wieder vom Konzil und der Nachkonzilszeit, besonders eindringlich in der Audienz vom 15. Dezember 1965 (vgl. „Osservatore Romano“, 16. 12. 65). Das Konzil müsse, das liege in seinem Wesen, weiterdauern. Wenn es ein wichtiger geschichtlicher und unter gewissen Aspekten entscheidender Akt für das Leben der Kirche gewesen sei, so sei klar, daß man ihm noch für lange Zeit begegnen werde. Es sei kein vorübergehendes Ereignis am Rande, wie so viele in der Geschichte der Kirche und der Welt. Es gehe nicht an, daß man sich nach Schluß des Konzils so verhält, als sei alles geblieben, wie es früher war, um wieder zu den alten religiösen und sittlichen Gewohnheiten von der Zeit vor dem Konzil zurückzukehren und das vielleicht nicht gerade wegen des Werts solcher Gewohnheiten. Viele von diesen gelte es zu erhalten und zu verteidigen, weil sie zum unveränderlichen Glaubensgut gehörten, aber nicht aus Ruhebedürfnis oder Trägheit.

Auch die entgegengesetzte Verhaltensweise, die des „Konziliarismus“, nicht im geschichtlichen Sinne, sondern als

Haltung verstanden, die alles, auch die gesicherte Lehre, der Diskussion unterwerfen und in Frage stellen möchte, sei abzulehnen. Das richtige Verhalten nach dem Konzil sei nicht, alles in Frage zu stellen und die Weisungen des Konzils anzuzweifeln, sondern diese in die Tat umzusetzen, sie zu studieren, sie zu verstehen und sie im realen Gefüge des christlichen Lebens anzuwenden. Das sei das Entscheidende, und deswegen sei die Nachkonzilszeit äußerst wichtig. Habe das Konzil selbst in erster Linie nur die Bischöfe beansprucht, so beanspruche die Nachkonzilszeit alle, Klerus und Gläubige. Und noch etwas legte der Papst seinen Hörern ans Herz: Sie möchten nicht nur die äußeren, sichtbaren Veränderungen beachten, die das Konzil hervorbringe, es gehe vor allem um die Änderung mentaler Verhaltensweisen, der inneren Trägheit und des Widerstands des Herzens gegen den wahrhaft christlichen Geist.

Kirche und weltliche Macht

Die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, genauer das Verhältnis der Kirche zur weltlichen (staatlichen) Gewalt war das Thema der Ansprache des Papstes bei der Neujahrsaudienz für das Diplomatische Korps (vgl. „Osservatore Romano“, 9. 1. 66). Nach einigen allgemeinen Bemerkungen zum Konzil unterstrich der Papst den positiven Effekt der Unabhängigkeit der Kirche gegenüber der weltlichen Gewalt. „Heute ist ihre Unabhängigkeit in bezug auf die Wettläufe dieser Welt total, zu ihrem größten eigenen Nutzen, und Wir können hinzufügen, auch zum Nutzen der weltlichen Hoheits-träger.“ Das bedeute aber keineswegs, daß die Kirche sich in die Wüste zurückziehe und die Welt ihrem Schicksal überlasse. „Ganz im Gegenteil! Die Kirche hebt sich von den Interessen der Welt nur ab, um besser die Gesellschaft durchdringen zu können, um sich in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, um allen ihre Hilfe und ihre Heilmittel anzubieten.“ Aber sie tue das heute in einer Weise, und das sei auch ein Charakteristikum des Konzils, die zu einem Teil im Gegensatz stehe zum Verhalten, das sie in gewissen Zeiten ihrer Geschichte an den Tag gelegt habe. Auf der Suche nach dem Menschen ziehe sie heute die Sprache der Freundschaft und des Dialogs vor, und er erinnerte dabei an die Ansprache Johannes' XXIII. vom 11. Oktober 1962.

Noch einmal betonte der Papst, das wolle nicht besagen, die Kirche verhalte sich indifferent gegenüber den Irrtümern und ignoriere die Ambivalenz der Werte der heutigen Welt. Sie wisse um ihre Zwiespälte und Gefahren. Aber sie wende sich lieber den positiven Seiten dieser Werte zu, dem, was sie an Kostbarem für den Aufbau einer besseren und gerechteren Gesellschaft enthalten. „Sie möchte dazu beitragen, alle Menschen guten Willens zusammenzuführen zur Lösung der ungeheuren Probleme, die unser Jahrhundert in Angriff nehmen muß. Das ist es, warum das Konzil keine Anatheme ausgesprochen hat. Seine Dekrete wie seine ‚Botschaften‘ sind, so könnte man sagen, lauter ‚Friedenserklärungen‘ und Bezeugungen der Freundschaft gegenüber der modernen Welt gewesen.“ Einige seien darüber erstaunt, der größte Teil hätte sich aber gefreut. „Wir glauben“, so fügte der Papst hinzu, „Uns nicht zu täuschen, wenn Wir Sie unter die letzteren zählen.“ Noch einmal versicherte er, die Kirche erkenne die Autonomie der weltlichen Bereiche und der staatlichen Gewalt gegenüber der Kirche voll an und wolle nichts anderes als die Freiheit der Verkündigung. Das

Schema 13, die Erklärung über die Religionsfreiheit und die Botschaft an die Regierungen brächten diesen Willen der Kirche zum Ausdruck. Mehr und mehr begegneten sich Kirche und Staat nicht mehr als Gegner, und er wünsche, daß das in der ganzen Welt so sein möge: „Was die Kirche betrifft, so ist ihr Wunsch zur Zusammenarbeit mit den Mächten dieser Welt ohne Hintergedanken: die Akte des Konzils haben es deutlich bewiesen.“

Der Weltfriede

Der Friede war das zweite große Thema der Weihnachtsansprachen. Ihm war auch der zweite Teil der Rundfunkbotschaft vom 22. Dezember gewidmet. Frieden zu bringen sei eine vornehmliche Aufgabe der Kirche: Frieden zu schaffen, zum Frieden zu ermuntern, zum Frieden zu erziehen. Denn der Friede sei das höchste Gut einer Gesellschaft. Er setze Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung voraus. Von neuem wolle er eine Apologie des Friedens halten, nicht nur weil der Friede ein hervorragendes Gut ist, sondern weil er von neuem in Gefahr sei: „Die neuen Vorsätze, die von den tragischen Ereignissen des letzten Weltkrieges inspiriert waren, beginnen unterhöhlt zu werden von alten und eingewurzelten nationalistischen Tendenzen und von neuen Ideologien des Umsturzes und der Vorherrschaft.“

Die immer mächtigeren und erschreckenderen Waffen werden, so könne man sagen, die einzige Garantie eines mißtrauischen und prekären Friedens, dem der Sinn menschlicher Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zwischen den Völkern abgeht. „Menschen, Brüder! Hört die Botschaft des Friedens, die Weihnachten den Menschen bringt, die immerdar Gegenstand göttlichen Wohlwollens sind. Prüft die Richtung eurer Schritte! Ihr seid vielleicht daran, den Weg zu verfehlen. Haltet inne und überlegt! Die wahre Weisheit liegt im Frieden; und der wahre Friede liegt im Bündnis der Liebe. Niemand darf seine Friedensliebe beschränken auf sein Selbstinteresse und seinen eigenen Ehrgeiz . . .“ Niemand sollte seinen Nachbarn dazu zwingen, zur bewaffneten Verteidigung seine Zuflucht zu nehmen, und niemand dürfe sich gerechten und loyalen Verhandlungen zur Wiederherstellung der Ordnung und Freundschaft entziehen. Man müsse den Frieden aufbauen durch eine mutige Revision der falschen Ideologien des Egoismus, des Kampfes und der Hegemonie. Man müsse verzeihen können und eine neue Gesellschaft begründen, wo die Beziehungen der Menschen nicht abhängig gemacht werden von Macht und Gewalt, noch allein vom wirtschaftlichen Vorteil, noch vom Grad kultureller Entwicklung, sondern von einem höheren Begriff der Gleichheit und Solidarität . . .

Die Friedensmacht der Kirche

In der kurzen Ansprache, die der Papst vor dem Segen „Urbi et Orbi“ nach dem Gottesdienst auf dem Petersplatz am ersten Weihnachtstag an die versammelte Menge richtete, sprach er nochmals zum selben Thema mit besonderer Bezugnahme auf die Friedensbemühungen in Vietnam (vgl. ds. Heft, S. 76), ebenso beim Beten des Angelus am Neujahrstag und am 2. Januar.

Einen bedeutungsvollen Hinweis auf die Friedensbemühungen des Vatikans gab der Papst auch in der bereits zitierten Ansprache beim Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps. Der Papst wies auf den Beitrag des Konzils zur Friedensfrage hin. Nach der Bemerkung, die Kirche agiere, wenn sie sich um den Frieden bemühe,

immer nur auf der sittlichen und geistigen Ebene jenseits aller weltlichen Interessen, fuhr er fort:

„Man könnte gewiß einwenden, angesichts von Konflikten, die moderne Waffen mit ihren furchtbaren Zerstörungsmitteln ins Spiel bringen, riskiere eine so waffenlose Macht, wie die Kirche sie ist, im Kampflärm zu ersticken.“ Die Erfahrung habe aber gerade während der letzten Tage gezeigt, daß sie „achtungsvoll gehört und sogar gesucht und gewünscht wird“. Die Kirche werde mit allen Mitteln und jederzeit ihre ganze moralische Autorität zugunsten des Friedens einsetzen. Er bat die Diplomaten, bei ihren Regierungen zu intervenieren, daß sie ihre Anstrengungen wie er selbst fortsetzen mögen. „Sie sehen, Exzellenzen und liebe Herren, die Kirche steht heute auf Ihrer Seite. Sie ist mit Ihnen am Werk, um mit Ihnen eine humanere und glücklichere, weil gerechtere und friedlichere Welt aufzubauen. Sie bietet Ihnen ihre Dienste an: bescheiden sicher, aber in der Gewißheit, die ihr ihr Glaube und ihre Erfahrung eingeben, daß ihre Botschaft eine Botschaft des Lichtes, des Lebens und des Heils für die einzelnen wie für die Völker ist.“

Vatikanische Friedensbemühungen um Vietnam

Zum erstenmal seit Beginn des Pontifikats Pauls VI. hat sich der Vatikan nicht nur durch öffentliche Appelle und auf diplomatischem Wege, sondern direkt und unmittelbar und unter Ausnützung aller verfügbaren unterhändlerischen Möglichkeiten in die Bemühungen um die Beilegung eines bewaffneten Konflikts zwischen zwei Staaten eingeschaltet. Der Papst hat sich persönlich um eine wenigstens vorübergehende Waffenruhe in Vietnam eingesetzt und so die parallellaufende, aber, wie von amerikanischer Seite wohl mit vatikanischer Zustimmung ausdrücklich versichert wurde, von den Bemühungen des Vatikans unabhängige Friedensoffensive unterstützt. Im Gegensatz zu ähnlichen Interventionen zu früheren Zeiten wurden die verschiedenen Telegramme und Friedensbotschaften an die betroffenen Regierungen nach der Zustellung veröffentlicht.

Die Vermittlungsversuche

Da zur Zeit die Vermittlungsversuche noch weiterlaufen und ein genauer Überblick über alle Geschehnisse und Interventionen im Augenblick nicht möglich ist, beschränken wir uns hier auf die Wiedergabe der wichtigsten Fakten, soweit sie bisher bekanntgeworden sind.

Am Sonntag, dem 19. Dezember 1965, richtete der Papst bei dem üblichen Angelusgebet an die auf dem Petersplatz versammelten Pilger und Touristen eine kurze Ansprache, in der er seinen Wunsch bekundete, die streitenden Mächte möchten doch wenigstens für die Weihnachtsfeiertage eine vorübergehende Waffenruhe vereinbaren. Er habe gehört, daß Verhandlungen im Gange seien zur Beilegung des Konflikts. Er wisse von Vorschlägen für einen Waffenstillstand, für eine Waffenruhe wenigstens während der Feiertage. Er stimme diesen Bemühungen von ganzem Herzen zu und hoffe, daß wenigstens die geplante Waffenruhe über Weihnachten eingehalten werde.

In einem Kommentar zu diesem Hinweis gab die „New York Times“ (20. 12. 65) Präsident Johnson den „Rat“, den Appell des Papstes wahrzunehmen und eine neue Pause der Bombardierungen militärischer Anlagen in Nordvietnam anzuordnen. Es sei bekanntgeworden, daß

der Präsident im Januar den Kongreß um die Bewilligung neuer Ausgaben für Truppenverstärkungen in Vietnam ersuchen werde. Bevor man aber eine weitere Verschärfung des Konflikts anbahne, habe das amerikanische Volk und die Welt ein Recht darauf, daß vorher alle friedlichen Mittel zur Beilegung des Konflikts versucht würden. Am 21. Dezember gab der Pressesekretär des Weißen Hauses eine Erklärung ab, die Vereinigten Staaten identifizierten sich mit den Zielen, die der Papst in seiner Erklärung über die Beendigung des Konflikts und die Kriegsnot zum Ausdruck gebracht habe. Zugleich bekräftigte der Sprecher die Bereitschaft Amerikas zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen (vgl. „New York Times“, 22. 12. 65). Am gleichen Abend erklärte Präsident Johnson selbst, allerdings ohne direkten Hinweis auf den Appell des Papstes, Amerika sei zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen an jedem Ort bereit. Von einem Sprecher des Generalsekretariats der UN wurde die Initiative des Papstes ebenfalls ausdrücklich begrüßt. Der Aufruf des Papstes wurde auch von sowjetischer Seite, wie aus einem Tass-Bericht hervorgeht, gutgeheißen.

Die Waffenruhe an Weihnachten

Am Abend des 22. Dezember teilte die Südvietnamesische Heeresleitung in einer Verlautbarung mit, sie habe „in Beantwortung des Aufrufs Papst Pauls VI.“ eine dreißigstündige Waffenruhe für die Weihnachtstage angeordnet. Gleichzeitig veröffentlichte die amerikanische Heeresleitung eine ähnlich lautende Erklärung, jedoch ohne Hinweis auf den Aufruf des Papstes. Am gleichen Tag wiederholte die Leitung des Vietkong die bereits vierzehn Tage vorher gegebene Zusicherung, am Weihnachtsabend eine zwölfstündige Waffenruhe einzuhalten. In einer Presseerklärung stellte der amerikanische Vizepräsident Humphrey fest, der Aufruf des Papstes sei für das Zustandekommen der Waffenruhe mitentscheidend gewesen.

Indessen wurden von vatikanischer Seite, unabhängig von den politischen Kontrahenten, die Bemühungen um eine mögliche Verlängerung der Waffenruhe fortgesetzt. Eingeschaltet in die Vermittlungen waren nicht nur die diplomatischen Vertreter des Vatikans in Südostasien, sondern auch der Beobachter des Vatikans bei den UN und der Apostolische Delegat in Washington. In der Ausgabe vom 27./28. Dezember veröffentlichte der „Osservatore Romano“ die gleichlautenden Telegramme, die der Papst aus Anlaß des Weihnachtsfestes an die Präsidenten Nord- und Südvietnams geschickt hatte. Darin gab Paul VI. seiner Freude über die zustande gekommene Waffenruhe Ausdruck. „Wir beten zu Gott, dem Allmächtigen, daß er den verantwortlichen Staatschefs helfen möge, daß aus der friedlichen Weihnacht ein Schritt zur Errichtung eines gerechten und brüderlichen Friedens für ganz Vietnam werde...“ Die beiden Schreiben wurden von den Adressaten beantwortet, vom Präsidenten Nordvietnams jedoch mit dem Hinweis, für den Krieg in Vietnam trage Amerika allein die Verantwortung.

Die Mission Goldbergs

Am 28. Dezember wurde der Botschafter der Vereinigten Staaten bei den UN, Arthur J. Goldberg, der von Präsident Johnson zu einer Aufklärungsreise in verschiedene Hauptstädte Europas gesandt worden war, von Paul VI. in Privataudienz empfangen. Der Besuch Goldbergs beim Papst, mit einigem Eklat veranstaltet, ging auf amerika-

nische Initiative zurück und sollte offenbar den Willen der Administration Johnsons unterstreichen, keine Hilfe, die sich für den Frieden bietet, ungenützt zu lassen. Goldberg, dessen Gespräch mit dem Papst über eine Stunde dauerte, überreichte Paul VI. eine Dankesbotschaft seines Präsidenten. Der Vatikan veröffentlichte erst am nächsten Tag ein Kommuniké über die stattgefundene Audienz. Goldberg selbst teilte in einer Presseerklärung am gleichen Tage mit, Gegenstand seines Gesprächs seien die schwierigen Weltprobleme und insbesondere die Lage im südostasiatischen Raum gewesen (vgl. „Messagero“, 31. 12. 65). Indessen wurden die diplomatischen Bemühungen des Vatikans weitergeführt. Man sprach sogar von direkten Fühlungen durch einen päpstlichen Vertreter im Fernen Osten in Hanoi. Daß der Papst seine Bemühungen um eine weitere Waffenruhe fortsetzen wollte und sich durch die erste Reaktion der Vereinigten Staaten auf seinen Aufruf vom 19. Dezember ermutigt fühlte, zeigt auch ein Hinweis in der kurzen Ansprache, die er am ersten Weihnachtstag von der äußeren Loggia von St. Peter an die Gläubigen auf dem Petersplatz richtete und in der er den Verantwortlichen für die Einhaltung der weihnachtlichen Waffenruhe ausdrücklich dankte und seiner Freude Ausdruck gab, „daß diese Waffenruhe gestattet wurde im Gefolge eines Aufrufs, den Wir vor einigen Tagen wegen des Weihnachtsfestes in unseren sonntäglichen Grußworten erlassen haben“ (vgl. „Osservatore Romano“, 27./28. 12. 65).

In der Antwortbotschaft an Präsident Johnson, die durch Botschafter Goldberg überbracht, aber erst am 4. Januar in Washington veröffentlicht wurde, wiederholte der Papst seinen Aufruf: „Wir wissen, wie brennend die Menschheit den Frieden wünscht, und was Uns betrifft, werden Wir nicht aufhören, Unsere Anstrengungen fortzusetzen, um zur Erlangung des Friedens jede nur mögliche Hilfe zu leihen“ („New York Times“, 5. 1. 66).

Telegramme auch nach Moskau und Peking

In Fortsetzung seiner Friedensbemühungen richtete der Papst am Silvesterabend getrennte Telegramme an das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny und an den chinesischen Staatspräsidenten Mao Tse-Tung und von neuem an die Präsidenten Nord- und Südvietnams. In dem Telegramm an den sowjetischen Staatspräsidenten erinnerte der Papst an „die Leiden des russischen Volkes“ während des letzten Weltkrieges und forderte die Sowjetregierung auf, sich für eine friedliche Lösung in Vietnam einzusetzen. Der Konflikt sei eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. Eine Intervention zur friedlichen Lösung würde Rußland vor der Geschichte zur Ehre gereichen. Die Sowjetunion könne einen wichtigen Beitrag zur Befriedung Vietnams leisten. „Indem Wir Uns zum Interpretieren der bangen Friedenserwartung machen“, so schließt das Telegramm an Podgorny, „die die ganze Menschheit bewegt, richten Wir vertrauensvoll diesen Aufruf an der Schwelle des neuen Jahres an Sie und erleben von Gott Wohlergehen für das russische Volk, das Uns immer besonders teuer ist.“

Das Telegramm an Mao Tse-Tung lautete: „Während die Entwicklung des Vietnamkonfliktes den Weltfrieden immer mehr bedroht, wagen Wir es, einen respektvollen und dringenden Appell an Eure Exzellenz zu richten in der Hoffnung, daß Sie sich in dieser schmerzlichen Krise für eine gerechte Lösung einsetzen möchten, die die Unabhängigkeit des Landes wahrt. Das Prestige, das China

heute genießt, findet zu Recht die Aufmerksamkeit der Welt. Eine Intervention Ihrerseits würde Sie in den Augen der Menschheit ehren und könnte einem so hartgeprüften Volk gestatten, in Frieden das Werk des Wiederaufbaus aufzunehmen, das durch die Fortdauer des Krieges unmöglich gemacht wird...“ (vgl. den französischen Wortlaut der beiden Telegramme im „Osservatore Romano“, 3./4. 1. 66). — Das Telegramm an Mao Tse-Tung ist bisher ohne Antwort geblieben. Eine solche war nach den heftigen Angriffen des Peking Rundfunks gegen die Vermittlungsversuche des Vatikans während der Weihnachtswoche wohl nicht zu erwarten. Die Antwort Moskaus, in der erwartungsgemäß die Schuld allein den Vereinigten Staaten aufgeladen wurde, brachte keine neuen Gesichtspunkte. Beachtung verdient immerhin, daß in einigen Ostblockländern, so z. B. im Prager Rundfunk, über die Initiativen des Papstes ohne die üblichen abwertenden Kommentare ausführlich berichtet wurde. Auch der Friedensappell, den der Moskauer Patriarch Alexius an Neujahr veröffentlichte, muß wohl in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Fortsetzung der Bemühungen

Am 1. und 2. Januar nahm der Papst selbst vor Pilgern und Touristen in Rom noch einmal zu der eigenen Vermittlungsaktion Stellung. Am Neujahrstag rief er erneut zum Gebet auf, „daß die Anstrengungen, die gerade in diesen Tagen gemacht werden, um den Konflikt im Fernen Osten beizulegen, einen glücklichen Ausgang nehmen mögen“. Am 2. Januar sprach er beim Angelus-Gebet auf dem Petersplatz von den eigenen schwachen Mitteln für eine Friedensinitiative. Er habe mit Freude das günstige Echo der öffentlichen Weltmeinung auf die Botschaften vom Vortag vernommen. „Aber, geliebte Söhne, was ist das schon? Wenn das alles ist, was Wir tun können, dann ist es sehr wenig im Vergleich zu dem Ziele, das es zu erreichen gilt; Wir fühlen die Geringheit Unserer schwachen und wehrlosen Mittel, die ihre Kraft nur schöpfen aus den menschlichen und christlichen Motiven, die sie inspirieren, die aber schwach sind angesichts der enormen Schwierigkeiten, auf die sie gerichtet sind.“ Ähnlich äußerte sich der Papst in seiner Ansprache bei der Audienz für das Diplomatische Korps (vgl. ds. Heft S. 75). Es sei zwar zu fürchten, daß eine so wehrlose Stimme im Kriegslärm untergehe, die Erfahrung habe aber gezeigt, daß sie doch gehört werde. Noch einmal bot der Papst seine Hilfe an: „Gott ist Unser Zeuge, daß Wir bereit sind, alle Demarchen zu versuchen — und sei es selbst außerhalb der üblichen diplomatischen Formen —, jedesmal, wenn Wir glauben, die Kirche könnte den Regierungen durch ihr moralisches Gewicht im Blick für die Aufrechterhaltung oder den Aufbau eines gerechten Friedens unter den Menschen und unter den Völkern Hilfe leisten. Ein zeitliches Ziel ohne Zweifel, aber unternommen und durchgeführt durch Mittel, die Unserer Funktion eigen sind, und zur Erreichung eines geistigen Ziels: für das Heil der Gesellschaft, das wahre Gut der Menschen“ („Osservatore Romano“, 9. 1. 66).

Dienst am Weltgemeinwohl

Wieweit den Bemühungen des Papstes über den ersten kleinen Erfolg der weihnachtlichen Waffenruhe hinaus, die zudem der diplomatischen Friedensoffensive äußerst gelegen kam, auf Grund der weiterlaufenden diplomatischen Vermittlungen ein wirklicher Erfolg beschieden sein

wird, läßt sich nicht ausmachen. Die eben zitierten Worte Pauls VI. zeigen, daß sich der Papst der Grenzen seiner Aktionen bewußt ist. Die Intensität, mit der die bisherigen Vermittlungsversuche durchgeführt wurden, und die zahlreichen Kontakte, die dabei mit allen irgendwie am Konflikt Beteiligten aufgenommen wurden, dürfen wohl als Zeichen eines neu erstarkten Bewußtseins der kirchlichen Hierarchie gewertet werden, in den großen Gefahren der Gegenwart das moralische Gewicht der Kirche mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen und ihren Dienst am internationalen Gemeinwohl in neuen Formen wahrzunehmen. Ein neues Bewußtsein von der Verpflichtung der Kirche gegenüber dem menschlichen Gemeinwohl, das bereits in *Mater et magistra* und *Pacem in terris* und noch deutlicher in der Konzilskonstitution über die Kirche in der Welt von heute zum Ausdruck kommt, scheint sich in diesen Bemühungen jenseits aller politischen Blockbildungen und Gesellschafts- und Weltanschauungssysteme in die Praxis umzusetzen. Ein Ausdruck dieses Bewußtseins war wohl auch die Reise des Papstes zu den UN, bei der die gegenwärtigen Vermittlungsversuche für Vietnam offenbar ihren eigentlichen Ursprung nahmen, denn alles weist darauf hin, daß bereits der erste Aufruf des Papstes vom 19. Dezember durch lange diplomatische Kontakte vorbereitet war. Wie sehr der Papst in Konfliktsfällen sich zu engagieren bereit ist, zeigt die Tatsache, daß er auch in die anderen Unruhe- und Konfliktgebiete an Weihnachten Friedensaufrufe geschickt hat: gleichlautende Telegramme an den Erzbischof von Bombay und an den Erzbischof von Karachi, ein persönliches Schreiben an Erzbischof Malula von Léopoldville und ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an den Episkopat von S. Domingo. Daß der Papst insbesondere die Entwicklung in Südostasien im Auge behalten und Vermittlungschancen weiter wahrnehmen will, darauf weist auch die jüngste Verstärkung bzw. der Ausbau der diplomatischen Vertretungen des Vatikans in diesem Raum und in neutralen Ländern hin.

Aus Osteuropa

Die Not der Kirche in der Tschechoslowakei

Den Eingeweihten in der CSSR ist es kein Geheimnis, daß das kommunistische Regime die Kirche zum langsamen Absterben ohne sichtbare Verfolgungen und ohne Märtyrertum verurteilt hat. Man ist davon abgekommen, die Priester oder Gläubigen zu Märtyrern zu machen. Um dem auszuweichen, ist man sogar hie und da auch zu kleinen Kompromissen bereit. In den Seminaren gibt es einen *numerus clausus*. Die Priester, die mit staatlichem Konsens in der Seelsorge tätig sind, sind zum Teil alt und krank. Man rechnet damit, daß die Hälfte dieser Priester in Bälde sterben oder durch einen Nervenzusammenbruch ausscheiden wird.

Geschwächte religiöse Substanz

Das Regime hat durch Untersuchungen festgestellt, daß in jenen Gegenden, wo Priestermangel herrscht, das ist vorwiegend auf dem Lande, die Leute aufgehört haben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen. Dort ist nur noch eine religiöse Tradition geblieben, die sich im Aberglauben auslebt. Der Menge fehlt die Basis für ein religiöses Leben, nämlich die heilige Messe, und der Kontakt mit dem Priester. Dieser Zustand ist besonders in den Rand-

gebieten Böhmens ausgeprägt, wo nach der Vertreibung der Deutschen sich viele Glücksritter und zweifelhafte Elemente angesiedelt haben. Dieser migrationsbedingte Umbruch hat sich ohnehin negativ auf das religiöse Bewußtsein des Milieus ausgewirkt. Der Kirchen- und religionsfeindliche Druck des Regimes stößt hier auf eine äußerst geschwächte kirchlich-religiöse Substanz. Der Kontakt zur Kirche ist bei der jüngeren Generation weitestgehend unterbrochen, die religiöse Bereitschaft, auch abgesehen vom Druck des Regimes, kaum noch vorhanden. Zudem ist hier das soziale Milieu leicht überschaubar und deswegen der einzelne durch das Regime genau kontrollierbar. Unter diesen Umständen ist die Ausübung einer Minimalseelsorge, selbst dort, wo die religiösen Voraussetzungen gegeben sind, fast unmöglich gemacht. In den Städten, wo sich die Leute zum Großteil nicht kennen und daher die Gefahr einer Denunziation nicht so groß ist, ist der Kirchenbesuch besser. Die Seelsorgetätigkeit ist zwar eingeeengt und im wesentlichen auf den Kirchenraum beschränkt, aber ein größeres Betätigungsfeld bietet sich zur Zeit aktiven Priestern bei der Einführung der neuen Liturgie, die sie als Mittel zur Erneuerung des Kirchenlebens auszunutzen verstehen. Sie dürfen jedoch dabei den Bogen nicht überspannen, um das Regime nicht zu Gegenmaßnahmen zu veranlassen.

Die Politik des Regimes

Seitdem sich der Eiserne Vorhang etwas gehoben hat, kommen viele Ausländer in die CSSR, wobei sie auch die Kirchen besuchen, teils um dem Gottesdienst beizuwohnen, teils um ihr künstlerisches und historisches Interesse zu befriedigen, teils aus Neugier, um zu sehen, wie sich unter dem kommunistischen Regime das kirchliche Leben gestaltet.

Das Regime betonte zwar wiederholt, daß es sich in die innerkirchlichen Angelegenheiten nicht einmische, trifft jedoch sofort und heimlich Maßnahmen, wenn es bemerkt, daß in der Kirche etwas geschieht, was die Leute und insbesondere die Jugend anregt. Den Priestern werden wirtschaftliche Schwierigkeiten bereitet, und falls auch das nichts nützt, werden sie versetzt. In letzter Zeit fördert das Regime Priester mit einem guten Lebenswandel, die irgendein körperliches Gebrechen haben oder leise bzw. unverständlich predigen, kurz, die auf die Gläubigen wenig anziehend wirken und die man schwer versteht. Solchen Priestern werden stark frequentierte Kirchen anvertraut in der Hoffnung, daß sich die Gläubigen bald verlaufen werden. In der letzten Zeit wurde eine ganze Reihe fähiger Geistlicher durch physisch oder gesundheitlich geschwächte ersetzt, nur um die Seelsorge zu schädigen.

Im Ministerium für Schulen und kulturelle Angelegenheiten fungiert eine Sonderkommission in der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten, die sich mit der Psychologie dieser Probleme befaßt und ihre Beschlüsse in die Praxis umsetzt. In dieser Kommission sitzen kommunistische „Fachleute“, darunter viele abgefallene Priester.

Gutes Verhältnis zu den Protestanten

Bemerkenswert ist, daß das Verhältnis der übrigen Konfessionen mit Ausnahme jener der Adventisten und der Zeugen Jehovas zu den katholischen Geistlichen ein gutes ist. In der gemeinsamen Not ist man einander nähergekommen. Die Pastoren statten ihren katholischen Amtsbrüdern Besuche aus eigenem Antrieb ab, interessieren sich sehr für die Fragen des Konzils, empfehlen ihren Gläubi-

gen Gebete für den Erfolg der Konzilsarbeiten, beteiligen sich an den katholischen Religionsfeiern sogar im geistlichen Gewande, wenn sie hiezu eingeladen sind, und treten sehr für den Geist des Ökumenismus ein. Es kommt sogar vor, daß Pastoren bei ihrem katholischen Amtsbruder anfragen, welche Perikopen in den katholischen Kirchen gelesen werden, damit sie diese gleichzeitig auch in den evangelischen Gotteshäusern vorlesen können. Bei den Pastorenkonferenzen wird die Thematik des Konzils an Hand von Lehrbehelfen erörtert, die man sich von den katholischen Kollegen ausgeliehen hat.

Dem Regime gefällt diese Verbrüderung nicht. Die staatlichen Kirchensekretäre üben deshalb auf die Pastoren einen mehr oder weniger gelinden Druck aus, von dieser Annäherung an die Katholiken Abstand zu nehmen, mit der Begründung, daß dies eine Angelegenheit des Konzils und der hohen geistlichen Würdenträger sei. Solange dort über die Beziehungen zwischen der katholischen und evangelischen Kirche nichts Endgültiges beschlossen sei, gehe es nicht an, daß die niedrige Geistlichkeit diesen Beschlüssen vorgreife. Man zwingt sogar die Pastoren, schriftliche Erklärungen in diesem Sinne abzugeben. Nebenbei bemerkt sind die evangelischen geistlichen Schriften weit aggressiver als die katholischen.

Die ungeschriebenen Verbote

Drei Dinge sind es, die das Regime einem katholischen Priester nicht nachsieht: 1. Er darf keine öffentliche Funktion übernehmen, auch nicht auf kulturellem oder gesundheitlichem Gebiet; sogar die Teilnahme an den landwirtschaftlichen Brigaden, wozu die übrigen Bürger gezwungen werden, ist ihm untersagt. Dies ist kein Privileg, um ihn für seine geistlichen Aufgaben freizustellen, sondern man will ihm jede Gelegenheit nehmen, außerhalb der Kirche mit den Gläubigen zusammenzukommen und auf sie einzuwirken. 2. Der Priester darf keinen Kontakt mit der Jugend haben. Er darf sie nicht beeinflussen, am Gottesdienst oder am Religionsunterricht teilzunehmen. Dies ist ein besonders heißes Eisen. 3. Der Priester darf keine Familienbesuche in seiner Eigenschaft als Seelsorger machen.

Diese Verbote sind zwar nirgends veröffentlicht, und auch die staatlichen Kirchensekretäre drücken sich darüber nicht ausdrücklich aus, deuten sie jedoch genügend an. Die Praxis lehrt, daß jeder Geistliche, der sich an diese kommunistischen Thesen nicht hält, entweder versetzt wird oder ihm aus einem nichtigen Anlaß der staatliche Konsens zur Ausübung seines Amtes entzogen wird.

Über die religiösen Verhältnisse kann man kein Pauschalurteil fällen, weil sie von Gegend zu Gegend und sogar von Bezirk zu Bezirk verschieden sind. In manchen Gegenden ist das Regime großzügiger, in anderen wieder strafft es die Zügel. Die Kreiskirchensekretäre geben die Direktiven an die Bezirkskirchensekretäre, welche die Pfarrer häufig besuchen, die dortigen Verhältnisse prüfen und dabei ihre Wünsche äußern, die allerdings Befehlen gleichkommen. Diese Sekretäre sind ausgesuchte Männer, ausnahmsweise auch Frauen, geeichte Kommunisten, die für den Verkehr mit Menschen und den Geistlichen besonders geeignet sind. Die Sekretäre achten auch streng darauf, daß die Priester ihre Funktionen nur in jenem Sprengel ausüben, für den sie bestellt sind. Eine Mißachtung der Weisungen der Sekretäre hat den Entzug der staatlichen Erlaubnis zur Ausübung der geistlichen Funktionen für den Betreffenden zur Folge.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Kirchenbesucher von Polizeibeamten oder Kollegen aus den Betrieben beobachtet werden, was sich nachteilig für ihr wirtschaftliches Fortkommen auswirkt und auch zur Folge hat, daß ihre Kinder zum Studium nicht zugelassen werden. Es gibt natürlich auch bekenntnisfreudige Männer und Frauen, die diese Nachteile in Kauf nehmen und besonders dann nichts zu fürchten haben, wenn sie Kömmer in ihrem Fach sind und durch Kommunisten nicht ersetzt werden können.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt das Regime den aktiven Katholiken aus den Reihen der Intelligenz. Sie werden in Verzeichnissen geführt und ihre Tätigkeit aufmerksam mitverfolgt. Solche Katholiken finden sich zumeist unter den Hochschülern und den Ärzten. Sie schöpfen ihr religiöses Wissen aus den ausländischen Rundfunksendungen, insbesondere jenen des Vatikans, sowie aus Büchern und Broschüren, die auf Schleichwegen eingeführt werden. Sehr begehrt sind die päpstlichen Enzykliken, die in dem ideologischen Chaos Richtungsweiser sind. Sie werden übersetzt, vervielfältigt und verbreitet. Auch manche Architekten und Bildhauer zeigen großes Interesse für die neue Liturgie und tragen auf ihre Weise zur Ausgestaltung der Kirchen und Altäre bei.

Die Aufrechterhaltung des Gottesdienstes

Das Regime erlaubt nicht, für den Priesternachwuchs zu werben. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts lehrt, daß die meisten Neupriester aus den Reihen ehemaliger Ministranten stammen. Die Funktionen, die die neue Liturgie mit sich bringt, ziehen besonders die älteren Ministranten an, auch Studenten und erwachsene Männer, die seinerzeit Neigung für den geistlichen Beruf oder das Ordensleben hatten. Sie begrüßen es, daß sie bei der heiligen Messe die Epistel und andere Teile vorlesen und als Lektoren und Kommentatoren auftreten dürfen. Nicht selten werden diese Funktionen von gewesenen Theologiestudenten, Ordensbrüdern oder Priestern ausgeübt, die keine staatliche Erlaubnis haben. Es wäre nötig, Leitfäden herauszugeben, wie diese Funktionen auszuüben sind. Die Lektoren sind die wichtigsten Gehilfen des geistlichen Amtsträgers.

Bei Gelegenheit der zweiten liturgischen Tagung seit dem Beginn der Liturgiereform, die am 1. September 1965 in der Teinkirche in Prag abgehalten wurde, nahmen viele Lektoren teil, die bei dieser Gelegenheit auch geschult wurden. Viele von ihnen brachten den Wunsch zum Ausdruck, Diakone oder Priester zu werden. Unter den gegebenen Verhältnissen ist dies der beste Weg zur Förderung des Priesternachwuchses.

Bekanntlich besteht für die Seminare ein numerus clausus. Das Prager Seminar mit dem Sitz in Leitmeritz, darf höchstens 100 Theologen aufnehmen. Das Interesse für den Eintritt in das Seminar oder in die katholische Cyrill-Methodius-Fakultät ist in der letzten Zeit sehr gestiegen. Erfreulich ist, daß sich um den Eintritt auch Spätberufene aus den Reihen der Beamten, Lehrer und Handwerker bewerben. In den letzten Monaten verhandelte man über die Errichtung eines Vorbereitungskurses, in welchem die Bewerber ihre Bildungslücken ausfüllen sollen, um die Bedingungen für die Inskription an der theologischen Fakultät zu erfüllen. Die Neuerrichtung dieser Vorbereitungskurse, die bereits vor Jahren bestanden haben, rühmt das Regime als große Konzession.

Die Interessenten für das theologische Studium, die wegen des numerus clausus nicht aufgenommen werden können,

muß man erfassen und sie für das kirchliche Leben erhalten. Dies läßt sich am besten dadurch erreichen, daß man sie in die neue Liturgie und in die liturgischen Funktionen eingliedert. Dauert jedoch die Wartezeit zu lange, heiraten manche, werden jedoch beispielhafte Eheleute. Das Problem nimmt überhand, und es wäre daher nötig, wenn die Geistlichen wenigstens allgemeine Richtlinien bekämen, wie sie diese Adepten für kirchliche Aufgaben erhalten könnten. Auf alle Fälle wird gerade hier deutlich, von welch überragender Bedeutung eine erneuerte Liturgie, die nicht den von der Masse des Volkes isolierten Zelebranten, sondern eine gottesdienstlich strukturierte Gemeinde voraussetzt, gerade für eine Kirche ist, die in der Ausübung der Seelsorge fast aller sozial wirksamen Mittel beraubt und, vom völlig anonymen Apostolat abgesehen, auf den gottesdienstlichen Raum beschränkt ist.

Verhandlungen lebensnotwendig

Die baldige Besetzung der vakanten Bischofssitze ist für die katholische Kirche in der CSSR eine Lebensfrage. Dort, wo ein solcher Sitz wieder besetzt wurde, wie zum Beispiel in Prag, ist die Disziplin der Priester gestiegen, und die Gläubigen sind mutiger und eifriger geworden. Das Verlangen nach der Firmung, die Jahrzehnte nicht gespendet wurde, ist gestiegen. So dürftig das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem Prager Regime in dieser Richtung bisher war, so hängt doch auch davon die Weiterexistenz der Kirche ab. Gerade jetzt, wo das Regime mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wäre der Zeitpunkt gekommen, wegen der Neubesetzung der vakanten Bischofssitze zu verhandeln. Im Lande herrscht die Meinung vor, daß dort, wo es nach dem Konzil keinen Bischof geben werde, auch die Kirche erliegen werde. Die Vertreter des Regimes erklären auf den Priesterkonferenzen, daß die Regierung die Bischöfe bloß begnadigt und nicht rehabilitiert habe, daß sie ihnen ausreichende Ruhegehälter bewilligt habe (4000 Kcs.) und daß man noch zuwarten müsse, wie sie sich bewähren werden. Diese Bischöfe dürfen öffentlich nicht auftreten, weil ihnen die staatliche Zustimmung zur Ausübung irgendwelcher Seelsorge fehlt.

Die staatlichen Gehälter der Priester sind sehr bescheiden. Gemäß dem Gesetz über die Versorgung der Kirchen hat der Staat die Verpflichtung übernommen, die Kirchen materiell zu versorgen. Das Regime macht große Reklame damit, daß nunmehr das Betteln in der Kirche aufgehört habe, keine Opferstöcke mehr nötig seien, die Priester anständig versorgt sind und daß auch die Kirchengebäude vom Staate erhalten werden. Allerdings schränkt die staatliche Verwaltung ihre Verpflichtung auf jene Kirchen ein, die unter Denkmalschutz oder an Plätzen stehen, die besonders von Fremden besucht werden. Bei den Gläubigen entsteht der unrichtige Eindruck, daß der Staat alles bezahle. Der Staat gibt nunmehr wohl auch zu, daß die Gehälter der Geistlichen niedrig sind, verweist aber auf die Stolgebühren. Es muß zugegeben werden, daß diese in größeren Städten zwar nicht unbedeutend, jedoch auf dem Lande so gering sind, daß sich die Geistlichen kaum das Notwendigste leisten können. Gerade dort benötigen sie aber eine Unterstützung am dringendsten. Manche Priester ohne staatliche Erlaubnis, die in Fabriken arbeiten müssen, sagen sich, wozu soll ich mich um eine Wiedereinsetzung bemühen, wenn ich in der Fabrik das Zwei- bis Dreifache verdiene und dabei keine Verantwortung zu tragen habe? Diese Verhältnisse tragen

dazu bei, die Priester zu vergrämen. Es ist daher verständlich, daß manche Geistliche in den Grenzgebieten, wo die Lage am schlechtesten ist, auf ihr Amt verzichten und bessere Möglichkeiten im Inneren des Landes suchen.

Die staatliche Unterstützung der Kirche sichert dieser zugegebenermaßen eine gewisse finanzielle Basis, ist aber aufs Ganze mehr eine Belastung als eine Erleichterung, weil die Kirche so doppelt dem staatlichen Zugriff ausgesetzt ist und in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entsteht, die Kirche verfüge auch tatsächlich über alle für ihre religiöse Sendung notwendigen finanziellen Mittel.

Aus Afrika

Reformversuche im katholischen Unterrichtswesen Afrikas

Die afrikanischen Missionsschulen sehen sich, seitdem die afrikanischen Länder ihre politische Unabhängigkeit erworben haben, einer neuen Situation gegenüber, die viele Probleme für sie aufwirft. Die meisten dieser Probleme entstehen aus der Tatsache, daß sich auch die Missionsschulen in den Plan der Bildungspolitik der einzelnen afrikanischen Länder einordnen müssen und deswegen nicht nur administrativen Umstellungen unterworfen sind, sondern auch ihre erzieherischen Ziele den gesellschaftlichen Erfordernissen der neuen Staaten anpassen müssen, und zwar auch dort, wo sie ihre Selbständigkeit als private katholische Schulen bewahrt haben. Trotz der Verschiedenheit der Lage in den einzelnen Ländern gibt es doch eine allgemeine Struktur der Problematik auf kontinentaler Ebene, die es sinnvoll macht, überregionale Probleme gemeinsam zu beraten. So fand sich vom 16. bis 23. August 1965 in Leopoldville die Erste Gesamtafrikanische Konferenz für katholisches Erziehungswesen zusammen. Unter den gemeinsamen Problemen die dort erörtert wurden, nahm die „Afrikanisierung“ des Unterrichts einen besonderen Platz ein. Obschon man die diesbezüglich geäußerten Wünsche und Ziele noch nicht in einer klaren Fassung hat formulieren können und ihrer Verwirklichung noch kaum nähergekommen ist, muß die Konferenz als eine sehr beachtenswerte gesamtafrikanische Initiative angesehen werden.

Gesamtafrikanischer Rahmen

Die Konferenz zählte 150 Teilnehmer. Von den 48 Ländern bzw. Kolonialgebieten Afrikas waren 35 vertreten. Sie stand unter den Auspizien der regionalen Geschäftsstelle der Internationalen Organisation für katholische Erziehung für Afrika und Madagaskar und des nationalen Büros für Kongo-Léopoldville. Das Thema war: Der Unterricht im Dienste Afrikas. Die Regierung des Kongo zeigte ihr Interesse dadurch, daß mehrere Minister der Eröffnungssitzung beiwohnten. Auch gab sie für die Teilnehmer einen offiziellen Empfang, auf dem eine Botschaft des Staatspräsidenten verlesen wurde. In der Schlußsitzung ergriff der inzwischen abgesetzte Premierminister Tschombe das Wort. Präsident Kasavubu erinnerte in seiner Botschaft an die Konferenz von Addis Abeba 1963, wo die Organisation für Afrikanische Einheit gegründet wurde: „Wir haben uns nie vorgestellt, daß die afrikanischen Regierungen die Einheit allein zustande bringen sollten, im Gegenteil, wir haben für die privaten Organisationen breite Möglichkeiten offengelassen. Was diese Konferenz über die katholische Er-

ziehung besonders wichtig macht, ist die Tatsache, daß sie sowohl einen erzieherischen als einen religiösen Aspekt hat. Das Christentum, Fundament der westlichen Zivilisation, hat in unsern Ländern Wurzeln geschlagen. Es soll eine Symbiose alter und erworbener Werte sein. Die afrikanische Einheit wird eine Realität, sobald es uns gelingt, die regionalen und nationalen Formen der Solidarität über den ganzen Kontinent zu verbreiten. Der Kongo läßt jedem Unterrichtssystem die Möglichkeit, sich in die nationale Entwicklung zu integrieren. Die Organisation für afrikanische Einheit hat eine Kommission für Erziehung und Kultur, die das gleiche Ziel anstrebt.“ Expremierminister Tschombe drückte sich ähnlich aus, indem er sagte, daß diese katholische Konferenz die Achtung aller verdiene, weil sie sich den Problemen des afrikanischen Fortschritts gewidmet habe, dessen Grundlagen den charakteristischen Möglichkeiten jedes afrikanischen Landes angepaßt werden müßten.

Das Kernanliegen

Mit diesen Aussprachen ist wohl auch in der Hauptsache der Leitgedanke skizziert, unter dem die Organisatoren und Teilnehmer, Europäer sowohl wie Afrikaner, die Konferenz konzipiert und veranstaltet hatten. Der Kampf für die nationale Entwicklung der einzelnen Länder und des gesamten Kontinents, der Wille, den Regierungen darin hilfsbereit zur Seite zu stehen, der Anspruch, ernst genommen und als Nation und als afrikanisch anerkannt zu werden, traten in den Berichten und Beratungen immer wieder in den Vordergrund. Dennoch ist damit nicht alles gesagt. Die Konferenz hat auch den internationalen, afrikanischen sowohl wie westlichen Organisationen, die sich mit Erziehung und Kultur in irgendeiner Weise befassen, ein sehr positives Verständnis entgegengebracht. Der UNESCO gegenüber bedeutete das für einige Länder, besonders für Kongo, ein Vertrauensvotum, das vor wenigen Jahren kaum zum Ausdruck hätte kommen können. H. Bill, der Leiter der UNESCO-Vertretung im Kongo, hielt auf Einladung eine Ansprache, worin er die Unterrichtsplanung, die Anpassung des Unterrichtsprogramms und die Ausbildung der Lehrkräfte als die besonderen Aufgaben seiner Organisation hervorhob. Die Aussprache darüber dürfte sich für die künftige Zusammenarbeit zwischen Katholiken und UNESCO in mehreren afrikanischen Ländern als fruchtbar erweisen. — Die inhaltliche Integration des Unterrichts in das kulturelle Leben der Afrikaner war ein weiteres Thema, das immer wieder zur Sprache kam. Die afrikanischen Vertreter nahmen dazu in sehr positiver Weise Stellung. Schließlich gaben auch die Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils manche Anregung, die üblichen Auffassungen zu überprüfen, besonders im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit und der Ökumene. Die Bekehrungsabsicht als Kriterium der Zulassung zum Unterricht in katholischen Schulen, als das es zu früheren Zeiten mancherorts angesehen wurde, dürfte wohl kaum noch in Betracht gezogen werden.

Die besonderen Ziele der Konferenz

Die Konferenz war von acht Kommissionen vorbereitet worden. Die vorgeschlagenen Themen betrafen u. a. die Entfaltung der „afrikanischen Persönlichkeit“ der Schüler, die Differenzierung des Unterrichts für Elitegruppen und für die Massen, die Ausbildung qualifizierten Personals im landwirtschaftlichen und technischen Bereich, die

Eingliederung der kirchlichen in die nationalen Erziehungssysteme, das Ausbildungsniveau der Fachlehrer, die Schulung von Führungseliten für die Mittelschichten und die Bildung der Frauen.

Die Erziehung zur Persönlichkeit wurde u. a. von P. Ekwa SJ mit der katholischen Auffassung und der wirklichen Situation in den afrikanischen Ländern konfrontiert. Die katholische Kirche hat sich als universelle Weltkirche mit der afrikanischen Dimension bereichert. Damit werden ihr die afrikanischen Quellen zur Verfügung gestellt, die ihr bei der Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgabe helfen sollen, um so dem afrikanischen Menschen seine Lebensaufgabe zu erleichtern. Man darf hinzufügen, daß die Kirche damit die Verpflichtung auf sich nimmt, diese Quellen kennenzulernen und darauf ihre theologischen Begründungen und pädagogischen Methoden aufzubauen, wie sie das auch bei anderen Kulturen getan hat. Ausgehend von der Stellungnahme der Kirche zur Frage der Religionsfreiheit, meinte Pater Ekwa, daß die Konkurrenzhaltung, die im Verhältnis zu Staat, Protestantismus und Kibanguismus vorherrschte, durch eine positive Zusammenarbeit im Geiste der Ökumene ersetzt werden solle. Im Rahmen des nationalen Aufbaus sei es eben um der Persönlichkeitsbildung willen notwendig, daß die christliche Erziehung, die ihr Daseinsrecht aus der religiösen und bürgerlichen Freiheit herleitet, Übereinstimmung bzw. eine Versöhnung mit dem gemeinsamen nationalen Zielen anstrebt und innerhalb dieser allgemeinen Zielsetzung eine wichtige Komponente bildet. Die Kirche solle dabei der historischen Entwicklung Rechnung tragen, d. h. solche Tatsachen wie die Bevölkerungsexplosion, die politischen Systeme, die Phänomene gegenwärtiger Vergesellschaftung als zeit- und ortsbedingte Faktoren anerkennen und ihre erzieherische Arbeit möglichst miteinbeziehen. Es ist klar, daß dies der Kirche nicht in allen Ländern leicht gemacht wird. Im Kongo befindet sie sich diesbezüglich in einer außerordentlich vorteilhaften Lage.

Differenzierung des Unterrichts

Die Differenzierung des Unterrichts und die Heranbildung qualifizierter Kräfte für die verschiedenen Arten und Stufen bilden gewiß neben der religiösen Erziehung von Millionen Schülern das schwierigste Problem, vor das die Kirche gestellt wird. P. Auger OMI gab eine Einführung in dieses Problem in der ersten Vollversammlung am 16. August. Er erklärte, die erzieherischen Arbeiten der ersten Missionare, die nach Afrika kamen, seien durchaus angepaßt gewesen. Nachdem jedoch die europäischen Mächte den Kontinent unter sich verteilt hatten, übernahmen sie in zunehmendem Maße die Kontrolle über den Unterricht, der immer mehr in den Dienst der überlegenen Zivilisation gestellt wurde und sich vom afrikanischen Lebensmilieu distanzierte. Die Folgen dieser Entwicklung waren von Prof. M. Ki Zerbo aus Obervolta in einer Vorlesung auf einem internationalen Treffen im Benediktinerkloster in Bouaké 1962 beschrieben: „Die Volksschule entpersönlicht das Kind, entfremdet es seiner Umgebung, bereitet es nicht vor auf sein eigenes künftiges Leben, weckt Mißachtung für jede Handarbeit, veranlaßt zur Landflucht und zur Wanderschaft in die Städte, führt zur Arbeitslosigkeit, bevor man je gearbeitet hat, zu ziellosem Umherschweifen... Es ist um so schlimmer, weil die Jugend in diesen Ländern das Übergewicht hat, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, denn die ältere Generation ist ihr in keiner Hinsicht gewach-

sen.“ Er kommt zur Schlußfolgerung, daß der Volksunterricht vereinfacht und andererseits mit afrikanischen Elementen bereichert werden soll, damit die Schüler nicht zum Westen oder zum Osten überlaufen, weil sie von ihren eigenen Reichtümern noch nie gehört haben.

Pater Auger legte nun der Konferenz von Léopoldville die Frage vor, ob man nicht eine pädagogische Formel finden müsse, die den wesentlichen Bedürfnissen des Augenblicks entspreche. Er machte den Vorschlag, die Bushschulen durch Gemeinschaftszentren zu ersetzen, wo nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern eine Ausbildung erhalten würden, die ihnen einen direkten Vorteil in ihren individuellen und gemeinschaftlichen Lebensbedingungen bringen könnte. Und sollte im Hinblick darauf die Ausbildung von Lehrern und im öffentlichen Leben Verantwortlichen nicht von Grund auf umgestaltet werden? — Tatsächlich sind die oben aufgezeigten Mängel des Erziehungswesens schon jahrzehntelang von vielen Missionsinstituten und einzelnen Missionaren als schwer hemmende Faktoren bei der Arbeit empfunden worden.

Bildungsförderung und Entwicklungshilfe

Die Klage über die intellektuelle Einseitigkeit der Ausbildung, die das Vakuum, das sie von der sozial-wirtschaftlichen Realität scheidet, immer mehr vergrößert, ist ja allgemein. Die gleiche Einsicht hat sich auch bei den internationalen Organisationen durchgesetzt. Im letzten September wurde eine UNESCO-Konferenz von Erziehungsministern nach Teheran einberufen („Neue Zürcher Zeitung“, 12. 10. 65). Generalsekretär René Maheu hat dort neue Ideen über die Strategie des Kampfes gegen den Analphabetismus vorgetragen. Diese soll im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklungshilfe gesehen werden. Sie könne deshalb nicht nach einem allgemeingültigen Modell durchgeführt werden, sondern solle eine „funktionelle Lese- und Schreibfähigkeit“ zum Ziele haben, d. h. eine solche, die unmittelbar in der täglichen Arbeit der Gesellschaft, wo der Unterricht gegeben wird, angewandt werden kann. Nach Meinung Maheus besteht deshalb kein Grund, daß der Kampf gegen den Analphabetismus — dasselbe gilt unserer Ansicht nach für den Volksschulunterricht — nicht in die Entwicklungsprogramme eingebaut werden soll, und es wäre nach Maheu nur logisch, wenn diese auch aus Entwicklungsgeldern finanziert würden. Die UNESCO hat denn auch die prinzipielle Zusage von Seiten des Spezialfonds der Vereinten Nationen erhalten, einige Projekte probeweise mitzufinanzieren. Vorläufig will man sich auf einige Experimente mit günstigen Vorbedingungen beschränken. Das bedeutet, daß praktisch nur solche Orte oder Gegenden ins Auge gefaßt werden, wo unmittelbar eine bedeutende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung erreicht werden kann. Auch dann bleiben noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, wie u. a. aus den zahlreichen Versuchen christlicher Entwicklungsplanung mittels sogenannter Schwerpunktprogramme ersichtlich ist. Der Kern des Problems bleibt immer noch der Mangel an Personal auf jeder Stufe der Entwicklung und ganz besonders auf der untersten Stufe. Gerade diese erfordert nämlich relativ hochqualifizierte Führungskräfte. Solche Kräfte sind knapp, und wo es sie gibt, wollen sie sich eben nicht mehr mit der untersten Stufe zufriedengeben. Man muß deshalb die Dringlichkeit der Umgestaltung und Afrikanisierung des Unterrichts, wie sie die Konferenz von Léopoldville empfiehlt, anerkennen. Der Durch-

führung bleiben aber, ganz abgesehen von den finanziellen Implikationen, enge Grenzen gesetzt.

Die Lage in einigen Ländern

Auf der Konferenz wurden nicht weniger als dreißig Landesberichte verlesen. Hier kamen besonders die Unterschiede in den Beziehungen zwischen dem katholischen und dem staatlichen Erziehungswesen bzw. den staatlichen Erziehungsinstanzen in den verschiedenen Ländern zum Ausdruck. In Tanzania verwalten die Katholiken 2000 Schulen, darunter eine Anzahl Mittelschulen, d. h. ein Drittel des gesamten Unterrichtswesens, was mit der Zahl der katholischen Bevölkerung übereinstimmt. Der katholische Anteil ist vollständig in das nationale System integriert und wird auch vom Staat finanziert. Für den Volksschulunterricht wird Schulgeld gefordert, der fortbildende Unterricht ist kostenlos. Demzufolge besuchen nur ca. 50% der Kinder die Volksschule. Die Mittelschulen sind überfüllt. Zusätzliche 1200 katholische Mittelschullehrer wären erforderlich. — Im Kongo (Léopoldville) sind ca. 2 Millionen von ca. 2 475 000 schulfähigen Kindern in die Volksschulregister eingetragen. 1,4 Millionen erhalten Unterricht in katholischen Schulen. Aber nur 93 000 besuchen eine höhere Schule, das sind 6,6% der entsprechenden Altersklassen. Mehr als die Hälfte davon (57%) besuchen katholische Schulen.

Kaum 20% der Volks- und Mittelschüler halten bis zum Abschluß durch. Die katholischen Schulen werden zwar nicht vom Staat finanziert, aber weitgehend subventioniert. Das Lehrpersonal ist z. T. ungenügend qualifiziert. Der Süd-Sudan verzeichnet bekanntlich die unglücklichste Situation von allen Ländern Afrikas. Die 360 katholischen Volksschulen wurden 1957 konfisziert, 1965 wurde auch das Knabenseminar aufgehoben. Im arabischen Nord-Sudan sind immerhin noch eine Anzahl katholischer Schulen in Betrieb. Sie werden von ca. 10 000 Schülern besucht; der Heilige Stuhl hat für die islamitischen Schüler Koran-Unterricht gestattet.

In Südafrika ist den Katholiken seit 1957 jede staatliche Subvention entzogen. Sie müssen für die bestehenden Schulen jährlich zwei Millionen DM aufbringen. Ihr Vertreter teilte mit, daß viele Schulen der Leitung von geistlichen Direktoren anvertraut werden mußten, die für den Schulunterricht vorgebildet sind.

Die übrigen Länder befinden sich in einer Lage, die entweder dem einen oder dem anderen Extrem näherkommt. Nigeria, eine Föderation von vier autonomen Gebieten, hat auch vier verschiedene Systeme für den katholischen Unterricht. Der Osten, der mehr als die übrigen Gebiete christianisiert ist und wo etwa 13% der Bevölkerung katholisch sind, hat kürzlich einen Schulstreit vorläufig überstanden. Der Unterrichtsminister Samuel Imoke beabsichtigte, die Schulen örtlichen „Schulräten“ zu übergeben. Bischof Godfrey Okoye von Port Harcourt hatte dagegen energisch protestiert. Der Minister erklärte darauf, er habe nur der Konkurrenz zwischen den Religionen ein Ende setzen wollen, er nehme aber Rücksicht auf den Standpunkt der katholischen Kirche und belasse es deshalb beim Status quo. Wie schon bei ähnlich gelagerten Fällen, haben die protestantischen Kirchen hier offensichtlich keinen Widerstand geleistet.

Drängen nach Neuorientierung

Einige Vertreter anderer Länder haben einen gewissen Zweifel daran durchklingen lassen, ob man u. U. das Prinzip „katholischer Unterricht für jeden, der solchen

wünscht“, vielleicht auch oder gegebenenfalls besser in dem Sinne interpretieren kann, daß der katholische Religionsunterricht gewährleistet werde. Die Lage ist in jedem Land verschieden. Wenn der Vertreter von Ruanda, wo 90% der Schulen in katholischen Händen sind und wo die Regierung fast ausschließlich aus Katholiken besteht, fragt, wie er sich einer Nationalisierung gegenüber verhalten soll, dann wird die Antwort anders nuanciert und begründet sein als wenn der Vertreter Ghanas oder Zambias die gleiche Frage stellt. In vielen Ländern Afrikas ist die unregelmäßige oder ungenügende Entlohnung der Lehrer, oft im Gegensatz zu jenen der Staatsschulen, eine Folge der zu schweren finanziellen Lasten des katholischen Unterrichts. Viele qualifizierte Lehrkräfte treten in den Staatsdienst über, so daß das Problem des Personalmangels noch heikler wird. In manchen Ländern fehlt auch eine ausreichende Altersversorgung für die Lehrer.

Der Nachdruck der Aussprachen in der Konferenz lag besonders auf der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, mit Christen protestantischer Denomination und mit Mohammedanern. Eine größere Offenheit und Bereitschaft, die Rechte anderer anzuerkennen, wurde als notwendig empfunden. Jedoch bleibe die katholische Schule ein „Exponent“ des christlichen Apostolats, und deshalb dürfte das Eingeständnis (DIA 26. 8. 65), daß die katholische Schule nicht immer eine genügende Garantie für eine katholische Erziehung ist, den unmittelbarsten und konkretesten Anhaltspunkt für eine bescheidene, aber durchführbare und unumgängliche Reorganisation des katholischen Unterrichts in Afrika bilden.

Aus Amerika

Kirchenstatistik in den USA

Das neue „Jahrbuch der Amerikanischen Kirchen“ des Nationalrates der

Kirchen Christi (Yearbook of American Churches) gibt für das Jahr 1964 folgende Zahlen für die Kirchenghörigkeit der Nordamerikaner an: insgesamt haben sich (bei einer Gesamteinwohnerzahl von 192 119 000) 123 307 449 Amerikaner als Glieder einer Kirche bekannt. Das war eine Zunahme um 2% gegenüber dem Vorjahr 1963 bei einer Bevölkerungszunahme von nur 1,5%. Das Jahrbuch veröffentlicht dazu eine Schätzung amerikanischer Meinungsforschungsinstitute, danach besuchten nur 45% der erwachsenen Christen den Gottesdienst gegenüber 46% im Jahre 1963 und 49% im Jahre 1958.

Von der Gesamtzahl eingetragener Kirchenglieder zählen die römischen *Katholiken* 45 640 619, während die 221 *protestantischen* Kirchengemeinschaften zusammen 68 229 478 Mitglieder zählen, deren zehn größte sich folgendermaßen verteilen:

Südbaptisten	10 598 429
Methodisten	10 304 184
Nationale Baptisten	5 500 000
Protestant. Episcopal Church (= Anglikaner)	3 340 759
United Presbyterians	3 292 204
Lutheran Church USA	3 131 062
Nat. Baptist Convention	2 668 799
Missouri-Lutheraner	2 650 857
American Lutheran Ch. Churches of Christ	2 587 204
	2 250 000

Solidaritätswoche für Lateinamerika in den USA

Seit Jahren suchen die deutschen Katholiken unter Anleitung durch ihre Bischöfe der Pflicht zur Solidarität zu genügen, die wir alle als Menschen, die wir aber besonders unsern Glaubensbrüdern schuldig sind. Jahr für Jahr sollen die beiden Aktionen „Misereor“ und „Adveniat“ für dieses Solidaritätsempfinden Zeugnis geben. Sie sind heute in Westdeutschland schon zu Institutionen geworden. Das heißt, sie haben sich so stabilisiert, daß man sie sich aus dem kirchlichen Leben der Bundesrepublik gar nicht mehr wegdenken kann. Die Aktion „Misereor“ verfolgt Hilfsprojekte konstruktiver Art in der ganzen Welt, ohne einen spezifisch religiösen Charakter zu demonstrieren, während „Adveniat“ den religiösen Notständen in Südamerika zu Hilfe kommen will.

Jährliche Kollekte in den USA

Die Absicht von „Adveniat“ hat eine Parallele bei den nordamerikanischen Bischöfen gefunden. In den letzten Wochen des Konzils trafen sie sich, um am 15. November 1965 eine Solidaritätserklärung für die südamerikanischen Bischöfe abzugeben. In der Erklärung werden eine Woche der Zusammenarbeit mit Südamerika vom 23. bis zum 30. Januar 1966 und eine besondere Kollekte angeregt. Beide sollen die brüderliche Verbundenheit zwischen den südamerikanischen Katholiken und den Gläubigen in den USA symbolisch und wirksam zum Ausdruck bringen.

In der vom Heiligen Geiste durchwehten Schlußphase des Konzils, so heißt es in der Erklärung, erleben die Bischöfe der Vereinigten Staaten in besonderer Weise die Stärke der Bande, welche die Christen als Gläubige und als Menschen miteinander verbinden. Zudem haben alle Päpste des letzten Jahrzehnts auf die besonders schwierige Lage der Kirche in Lateinamerika hingewiesen. Schließlich erlegt das Konzilsdekret über das Bischofsamt allen Bischöfen die brüderliche Sorge um alle Kirchen auf, ganz besonders um die gefährdeten. Damit sei ohne Zweifel auch Südamerika angesprochen.

Bisherige Hilfeleistungen

Die Initiative der nordamerikanischen Bischöfe ist nicht erst neuen Datums. Schon im November 1959 trat unter Leitung der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika und unter Teilnahme von Bischöfen aus Lateinamerika, den Vereinigten Staaten und Kanada in Washington eine interamerikanische Bischofskonferenz zusammen, die ein nordamerikanisches Hilfsprogramm für Lateinamerika aufstellte. In der Schlußverlautbarung jener Konferenz rühmte die nordamerikanische Seite die unter großen Schwierigkeiten vollbrachten seelsorglichen Anstrengungen des lateinamerikanischen Episkopates und Klerus und versprach, diese Bemühungen auf jede mögliche Art und Weise zu unterstützen, besonders durch personelle und finanzielle Hilfe. Sowohl beim kanadischen als auch beim USA-Episkopat wurden besondere Büros zur Organisation dieser Hilfsmaßnahmen eingerichtet. In den Vereinigten Staaten wurden folgende Hilfsmaßnahmen für Südamerika eingeleitet: 1. Entsendung von Priestern, Brüdern und Schwestern zur Dienstleistung auf Zeit in den lateinamerikanischen Ländern; 2. Anwerbung von Laien als Entwicklungshelfer im Namen und Auftrag der Kirche; 3. Durchführung des Programms für panamerikanische Zusammenarbeit mit einer jährlichen Konferenz zur Förderung des Verständnisses und der Freundschaft

zwischen den Katholiken in Nord- und Südamerika; 4. Vermittlung privater Gaben und Geschenke; 5. spezielle Hilfeleistungen für kirchliche Institutionen in Lateinamerika.

Vor allem wichtig war die personelle Hilfe, die Nordamerika seit dieser Konferenz zu leisten begann. Im Januar 1965 waren schon über 4000 Priester, Brüder, Schwestern und Laienhelfer aus den Vereinigten Staaten in Lateinamerika tätig. Das bedeutet eine Zunahme von mehr als 50% innerhalb von drei Jahren. 1961 richtete der Heilige Stuhl gelegentlich einer Konferenz der Ordensoberen in der Notre-Dame-Universität einen Appell an alle Ordensgemeinschaften in den USA, sich das Ziel zu setzen, bis 1970 10% ihrer Mitglieder nach Lateinamerika zu entsenden. Im Januar 1965 waren bereits 1647 männliche und 1883 weibliche Ordensleute aus den Vereinigten Staaten in Lateinamerika als Helfer auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens am Werk.

Päpstliche Anerkennung

Aus Anlaß der Solidaritätserklärung, die die nordamerikanischen Bischöfe am 15. November 1965 abgegeben haben, hat Papst Paul VI. ihnen in einem eigenen Schreiben Dank und Anerkennung ausgesprochen. Namentlich gedenkt der Papst der für Januar angekündigten Freundschaftswoche. Er erinnert an die auf dem Konzil beschlossene und in der dogmatischen Konstitution über die Kirche formulierte Aufgabe der Bischöfe, sich hilfsbereit auch der anderen und besonders benachbarten Kirchen anzunehmen, wenn diese ihrer Hilfe bedürfen. Darum sei die Großzügigkeit des nordamerikanischen Programms der geistlichen, kulturellen, personellen und finanziellen Hilfe für Lateinamerika besonderer Dankbarkeit wert. Eindringlich hebt Papst Paul VI. den persönlichen Einsatz so vieler Priester, Ordensleute und Laienhelfer aus dem Norden in Lateinamerika hervor; denn der Einsatz helfender Menschen in immer größerer Zahl werde notwendig, weil auch die Bevölkerung des Kontinents schnell und stark wächst.

Ökumenische Nachrichten

Gemeinsamer Taufritus — gemeinsames Vater Unser Die immer häufiger werdenden interkonfessionellen Fühlungen in aller Welt, besonders in den USA (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 551 f.), scheinen zu ersten brauchbaren Ergebnissen zu führen. Nach dem katholisch-lutherischen Gespräch in Baltimore, das im Februar 1966 fortgesetzt werden soll, haben Teilnehmer einer katholisch-presbyterianischen Konferenz auf höchster Ebene Gespräche darüber aufgenommen, wie man einen gemeinsamen Taufritus und sogar ein gemeinsames Gebetbuch herstellen könnte. Der Taufritus, der vielleicht die immer wieder vorkommenden bedingungsweisen „Wiedertaufen“ bei Konvertiten erübrigen würde, wurde bei ersten Fühlungen im November 1965 von Msgr. Henry G. J. Beck, Pfarrer in Lyndhurst (New Jersey, USA), angeregt. Pfarrer Beck leitete in Abwesenheit von Bischof Ernest L. Unterkoefler von Charleston (South Carolina), der sonst Gesprächspartner der USA-Bischöfskommission für Ökumenische Angelegenheiten mit den Presbyterianern ist, die katholische Delegation, während die entsprechende Anregung zu einem gemeinsamen Taufritus von Pfarrer Richard L. Davies, Washington, als

Führer der presbyterianischen Kommission für ökumenische Beziehungen vorgetragen wurde. Nach Auskunft von Msgr. Beck soll dieser Taufritus allerdings nur für solche Kinder Anwendung finden, die aus sog. Mischehen stammen, deren einer Teil katholisch, der andere presbyterianisch ist. Er schlug dafür den im dritten Jahrhundert vom Presbyter Hippolyt von Rom gebrauchten Ritus vor, weil er der Ansicht ist, wenn es überhaupt eine Chance für einen gemeinsamen Ritus gebe, dann sollte er aus dem Erbe der Alten Kirche genommen werden. Die Verhandlungen, die im Dezember 1965 begannen, wurden im Januar 1966 fortgesetzt, es schien aber noch keine Gewißheit zu bestehen, ob die Presbyterianer sich zur Annahme dieses archaischen Ritus mit Exorzismus, Salbung mit Öl und dreigliedrigem Glaubensbekenntnis entschließen werden. Msgr. Beck erklärte in diesem Zusammenhang, es handle sich keineswegs um Gespräche zur kirchlichen Wiedervereinigung. Es müsse zunächst ein gegenseitiges Verstehen vorausgehen, das ihm als Professor für Kirchengeschichte am Seminar Immaculata Conception in Darlington besonders am Herzen liegt. Er habe manchen Presbyterianer bereits davon überzeugt, daß die katholische Bindung an den Papst keine „Idolatrie“ oder blinder Gehorsam sei, während Katholiken inzwischen einsehen, daß die presbyterianische Art der Bibelauslegung nicht reiner Subjektivismus ist („NCWC News Service“, 22. 12. 65).

Aus Frankreich kam nach Neujahr die Nachricht, daß alle christlichen Kirchen sich auf einen gemeinsamen Wortlaut des Vater Unfers geeinigt haben, der erstmalig in der Gebetsoktav vom 18.—25. Januar zur Anwendung kam. Der Papst hatte den Wortlaut schon am 20. Dezember 1965 bestätigt. Auf katholischer Seite wurde die Vereinbarung für den französischen Episkopat durch Joseph Kardinal Lefèbvre unterzeichnet. Die Arbeit an dem Text hatte schon im Mai 1964 nach der Gründung einer gemischten Theologienkommission begonnen. Auch die orthodoxen Kirchen sind dem Abkommen beigetreten (epd, 10. 1. 65).

Gemeinsame Gebetswoche für die Einheit der Christen In diesem Jahr hat der „Katholische Arbeitskreis für die Weltgebetsoktav in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ zum erstenmal in Verbindung mit dem Arbeitskreis für die ökumenische Gebetswoche der dem Weltrat der Kirchen angeschlossenen kirchlichen Gemeinschaften einen für die ganze Oktav ausgearbeiteten liturgischen Text vorgelegt, der nach dem Muster der früheren, von Genf ausgehenden Texte verfaßt worden ist. Uns liegt der im Kyrios-Verlag, Meitingen, gedruckte, mit persönlichem Imprimatur des Bischofs von Augsburg, Dr. Josef Stimpfle, versehene Text vor. Er beginnt mit den Rahmengebete für alle Tage, denen die Bibelsprüche, Lesungen, Fürbitten und Meditationen für die einzelnen Tage folgen. Der erste Tag war „für die Einheit aller Christen, für ihre Erneuerung und Heiligung . . . für alle Bewegungen und Organisationen, die der christlichen Einheit dienen, und für verantwortliches Lehren innerhalb der Kirchen bestimmt. Der zweite Tag galt der Fürbitte für den Ökumenischen Rat der Kirchen und seine fruchtbare Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, am dritten Tage betete man für die katholische Kirche, für alle ihre Glieder und daß der Heilige Geist die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils für die Ver-